



DER LANDTAG

Die Parlamentszeitschrift für Schleswig-Holstein



Kultur kehrt zurück

Mit Schwung in Richtung Landesjubiläum

Erfahrung

Schlie und Baasch
25 Jahre im Landtag

Erregung

Streit über
Brokdorf-Demo 1981

Erinnerung

NS-Seilschaften
in der Verwaltung

03 **Meldungen**

05 Tätigkeitsberichte der Beauftragten

06 Feierstunde für das Landesverfassungsgericht

07 **Plenum:** Fehmarnbelt-Tunnel, Pflegeberufekammer, Schuldebatten, Integrationsgesetz, Klimaschutzgesetz

10 **Rückblick 1981:** Brokdorf-Demo spaltet das Landesparlament



Bei der Anti-Atomkraft-Demo im Februar 1981 sind rund 11.000 Sicherheitskräfte im Einsatz

12 **Im Zentrum:** 25 Jahre im Landtag – Wolfgang Baasch und Klaus Schlie im Interview

14 **Personalien**



15 Danker-Studie: Neue Fakten zur NS-Vergangenheit von Verwaltungsmitarbeitern



Prof. Uwe Danker (Mitte) von der Uni Flensburg mit den Abgeordneten Martin Habersaat (SPD, li.) und Burkhard Peters (Grüne)

17 **Die Seite für das Ehrenamt**

18 **Leichte Sprache:** Alle Menschen sollen Schwimmen lernen

19 **Bücher:** Vorschläge für Veränderungen in Politik und Staat, Wolfgang Schäuble über Grenzerfahrungen, Blick auf das Konsumverhalten, Impressum

20 **Im Porträt:** Peter Lehnert (CDU), Kai Dolgner (SPD)

21 **Ins Bild gerückt:** Zu Besuch im Landeshaus

22 Corona-Tagebuch

24 **Termine, Termine, Termine**



Diesen Sommer feiert das Land Schleswig-Holstein seinen 75. Geburtstag

ZÄHLBARES

Rund 500

So viele Fenster zählt das Landeshaus. In den kommenden zwei Jahren werden alle nach und nach saniert.

Mehr zu den Bauarbeiten auf Seite 3

Der Schnappschuss

Jubiläum für Klaus Schlie: Vor 25 Jahren zog er erstmals in den Landtag ein. Die passenden Luftballons schmückten sein Dienstzimmer Ende April, als sich der Beginn der 14. Wahlperiode jäherte, in der Schlie erstmals Abgeordneter wurde. Landtagspräsident ist er seit 2012.

Titelseite

Die beiden Gitarristinnen des Duos „Venus on Strings“ aus Bad Segeberg, Andrea von Rehn und Silvy Braun, singen und spielen vor dem Landeshaus ihre Lieder. Der Auftritt Anfang Mai war Teil eines Videodrehs für „Landtags-Sessions – Kultur trotz(t) Corona“.

Landtag sendet deutliches Signal gegen Antisemitismus

Die Abgeordneten des Schleswig-Holsteinischen Landtages haben fraktionsübergreifend ein deutliches Zeichen gegen Antisemitismus gesetzt. Zu Beginn der Mai-Tagung bekannten sich die Politiker geschlossen zum Existenzrecht Israels und verurteilten jede Form von Judenfeindlichkeit.

Die Debatte wurde im Rahmen einer Aktuellen Stunde vor dem Hintergrund der Gewalteskalation im Nahen Osten geführt.

Bei Demonstrationen war an mehreren Orten in Deutschland Antisemitismus offen gezeigt worden. Auf der Besuchertribüne verfolgte der Antisemitismusbeauftragte des Landes, der frühere schleswig-holsteinische Ministerpräsident Peter Harry Carstensen (CDU), die Debatte.

Redebeiträge der Landtagsabgeordneten siehe „Wortwörtlich“, rechts auf dieser Seite im Kasten.

Landtagswahl am 8. Mai 2022

In Schleswig-Holstein wählen die Bürger am 8. Mai im nächsten Jahr einen neuen Landtag. Einem entsprechenden Terminvorschlag von Innenministerin Sabine Sütterlin-Waack (CDU) stimmte das Kabinett am 8. Juni zu. Zuvor waren die Landesverbände der im Landtag vertretenen Parteien angehört worden – auch sie zeigten sich einverstanden mit dem Termin.

Das Landeswahlgesetz sieht vor, dass die Landesregierung den Wahltag bestimmt. Nach der Landesverfassung muss die Wahl zwischen dem 58. und 60. Monat nach Beginn der Wahlperiode abgehalten werden. Da die konstituierende Sitzung der laufenden Wahlperiode am 6. Juni 2017 stattfand, muss der Landtag zwischen dem 7. April und dem 6. Juni 2022 neu gewählt werden. Der Schleswig-Holsteinische Landtag geht dann in seine 20. Wahlperiode.

Parteien müssen ihre Kandidaten für die Landtagswahl in Schleswig-Holstein im

kommenden Frühjahr nicht mehr in Präsenzveranstaltungen aufstellen. Mit den Stimmen von CDU, SPD, Grünen, FDP und SSW beschloss der Landtag in seiner Sondersitzung Ende April eine entsprechende Regelung. Hintergrund ist die anhaltende Corona-Pandemie.

Demnach sind neben Präsenzveranstaltungen damit auch dezentrale Veranstaltungsformen, Online-Elemente sowie Brief- und Urnenwahl möglich. Bereits Ende März hatte das Parlament eine entsprechende Änderung des Wahlgesetzes beschlossen. Voraussetzung ist, dass der Landtag mit Zwei-Drittel-Mehrheit das Abhalten herkömmlicher Wahlversammlungen wegen damit einhergehender Gefahren im Zuge einer schweren Katastrophe oder einer überregionalen epidemischen Lage für unzumutbar erklärt. Die Gesetzesänderung ist Ende April in Kraft getreten.

Das Landeshaus bekommt neue Fenster

Knapp 500 Fenster hat das Landeshaus – in den kommenden zwei Jahren sollen sie abschnittsweise ersetzt oder gestrichen werden. Eine Seite der Außenfassade ist seit Ende April eingerüstet, dort haben die Bauarbeiten bereits begonnen. Das Gerüst wird einmal ums Haus wandern, neun Abschnitte sind insgesamt vorgesehen. In zwei Jahren soll dann alles fertig sein.

Das mehr als 130 Jahre alte Gebäude steht unter Denkmalschutz, bei Veränderungen gibt es daher verschiedene Auflagen. Im März hat der Landtag ein Musterfenster einbauen und von der Denkmalschutzbehörde abnehmen lassen. Nach diesem Vorbild werden nun alle weiteren Fenster saniert.

Wortwörtlich

„Wir lehnen jede Form von Antisemitismus ab, ob er nun von rechtsaußen, linksaußen oder von Muslimen kommt, worin leider auch ein großes Problem besteht, oder aus der Mitte der Gesellschaft, was es nach wie vor auch gibt.“

(Christopher Vogt, FDP)

...

„Die Aggression und Gewalt gegen jüdisches Leben und die jüdischen Einrichtungen müssen mit aller Härte unserer Gesetze verfolgt und bestraft werden. Wenn nötig müssen die Strafen verschärft werden. Es gibt in unserer Gesellschaft keinen Platz für Antisemitismus. Antisemitismus ist immer antidemokratisch.“

(Serpil Midyatli, SPD)

...

„Es ist erschreckend, aber nachvollziehbar, wenn sich Jüdinnen und Juden in Deutschland oft nicht sicher fühlen – ob im Sportverein, in der Schulklasse oder im Taxi –, wenn sie sich um ihre Familien oder Freunde Sorgen machen. All das ist nachvollziehbar, aber nichts davon ist akzeptabel.“

(Eka von Kalben, Grüne)

...

„Gerade die Demonstrationen vor jüdischen Synagogen und die Angriffe auf diese Gotteshäuser machen deutlich, dass wir es dabei nicht nur mit Israelkritik zu tun haben, sondern mit Judenhass, mit Antisemitismus auf deutschen Straßen. Das ist absolut nicht hinnehmbar.“

(Tobias Koch, CDU)

...

„Natürlich darf man die Politik in Israel kritisieren. Man darf im Übrigen auch die Politik der Palästinenser kritisieren. Man darf dies auch auf Demos tun. Aber eigentlich geht es doch darum, dass wir jetzt schauen müssen, dass wir den Ausgleich in der Region fördern. Das ist die eigentliche Aufgabe, die wir politisch auch hier in Schleswig-Holstein haben.“

(Lars Harms SSW)

...

„Judenfeindlichkeit ist kein Problem aus dunkler Vergangenheit, sondern ein ganz aktuelles. Jeden Tag kommt es in Deutschland zu antisemitischen Straftaten. Diese werden in der Regel weniger von rechts begangen, sondern hauptsächlich von Muslimen.“

(Jörg Nobis, AfD)

”

Aus der Debatte am 19. Mai, die im Rahmen einer Aktuellen Stunden zum Antisemitismus geführt wurde. Siehe auch nebenstehende Meldung.

Erinnerung an Weltkriegsende: Weiße Flaggen auf dem Landeshaus

Zur Erinnerung an das Ende des Zweiten Weltkrieges am 8. Mai 1945 hat der Landtag zum 76. Jahrestag vier weiße Flaggen auf dem Landeshaus gehisst. „Die weißen Flaggen der Kapitulation stehen für den Neuanfang Europas“, erklärte Landtagspräsident Klaus Schlie. Die Fahnen hatte die Künstlerin Ute Friederike Jürß bereits 2015 für das Kunstprojekt „Zwischen den Zeiten“ gestaltet.

Der 8. Mai war in diesem Jahr erstmals offizieller Gedenktag. Im Juni vergangenen Jahres hatten die Landtagsfraktionen von CDU, SPD, Grünen, FDP und die Abgeordneten des SSW einen gemeinsamen Antrag verabschiedet, mit dem sie den 8. Mai in Schleswig-Holstein zum offiziellen Gedenktag zur Erinnerung an das Ende des Zweiten Weltkrieges und an die Befreiung vom Nationalsozialismus erklären.



Gedenkort soll an die Opfer der Corona-Pandemie erinnern

In Schleswig-Holstein sind seit Beginn der Corona-Pandemie über 1.500 Menschen dem COVID-19-Virus zum Opfer gefallen. Der Landtag gab nun den Anstoß für eine Erinnerungsstätte. Wo und in welcher Form ein solcher Gedenkort entstehen soll, ist noch offen. Der Landtag sehe sich als Teil der Debatte, Vorgaben solle es aus den Abgeordnetenreihen aber nicht geben, hieß es dazu im Juni-Plenum. Wichtig sei, die Wissenschaft und Betroffene einzubeziehen. Erste Gespräche liefen bereits. Die Initiative für das Vorhaben kam von der SPD. Alle weiteren Fraktionen sowie der SSW schlossen sich an.

75 Jahre erste Landesverfassung

Vor 75 Jahren, am 12. Juni 1946, hat der erste ernannte Landtag die erste Verfassung des Landes verabschiedet. Es war zunächst eine vorläufige Fassung. Denn: Erst ein gewähltes Parlament sollte die endgültige Verfassung verabschieden. Der erste Landtag nach Ende des Zweiten Weltkrieges wurde im Februar 1946 von der von der britischen Besatzungsmacht ernannt.

Im Januar 1950 wurde die vorläufige Verfassung von der „Landessatzung“ abgelöst. Diese blieb rund 40 Jahre in fast unveränderter Form bestehen. Erst 1990 kam es zu einer umfassenden Verfassungs- und Parlamentsreform. Die „Landessatzung“ wurde zur „Landesverfassung“, die das Parlament, die Opposition und nicht zuletzt die Bürger gegenüber der Landesregierung stärkte.

Gedenken an „Cap-Arkona“-Untergang: Präsident bei Kranzniederlegung

Anfang Mai jährte sich der Untergang des Passagierdampfers „Cap Arkona“ und des Frachtschiffes „Thielbek“ in der Neustädter Bucht zum 76. Mal. Am Jahrestag der Tragödie legten Landtagspräsident Klaus Schlie, der Neustädter Bürgermeister Mirko Spieckermann sowie Bürgervorsteher Sönke Sela auf dem Ehrenfriedhof am Stuthofweg in Neustadt in Holstein Kränze nieder. An Bord der beiden Schiffe starben bei einem alliierten Bombenangriff am 3. Mai 1945 mehr als 7.000 Menschen, die meisten von ihnen KZ-Häftlinge. Diese Tragödie sei ein Teil des größten Menschheitsverbrechens der bisherigen Geschichte, sagte der Parlamentspräsident.

Bei den geplanten Feierlichkeiten zum Holocaust-Gedenktag im Landtag am 27. Januar hätte der „Cap-Arkona“-Untergang im Zentrum des Gedenkens gestanden. Diese mussten jedoch wegen der Corona-Pandemie abgesagt werden.



Samiah El Samadoni präsentiert drei Tätigkeitsberichte

Mehr als nur Fleißarbeiten: Samiah El Samadoni hat in den vergangenen drei Monaten drei Tätigkeitsberichte vorgelegt: den als Leiterin der Antidiskriminierungsstelle, den in ihrer Funktion als Bürgerbeauftragte und den in ihrem Amt der Polizeibeauftragten. Kurz zusammengefasst hat im sozialen Bereich die Corona-Pandemie viele der schutzbedürftigsten Menschen besonders hart getroffen, bei der Polizei gibt es Mängel bei der Kommunikation mit Bürgern. Die Antidiskriminierungsstelle hatte es insbesondere mit Anfragen zur Maskenpflicht zu tun.

Mit einem Anstieg von 341 auf 698 Eingaben erreichten die Antidiskriminierungsstelle im Berichtszeitraum 2019/2020 mehr als doppelt so viele Hilfeersuche wie in den beiden Vorjahren, wie deren Leiterin Samiah El Samadoni Ende April bei der Vorstellung ihres Tätigkeitsberichts mitteilte. Allein 308 Beschwerden seien gegen die Pflicht zum Tragen einer Mund-Nasen-Bedeckung im Einzelhandel, in Schulen oder Behörden gerichtet gewesen.

Oft wurden Menschen, die aufgrund einer Behinderung keine Maske tragen können, von der Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ausgeschlossen. El Samadoni schätzt, dass aber rund die Hälfte dieser Fälle „keine echten Beschwerden“ seien, weil sie beispielsweise von Menschen stammten, welche die Existenz des Coronavirus leugneten. Immer wieder Thema in der Antidiskriminierungsstelle sind auch Fälle von Rassismus auf dem Wohnungsmarkt. Und: Im Zuge der Digitalisierung bereitet Altersdiskriminierung zunehmend Probleme.

Digitale Grundausstattung wichtig für alle Menschen

Einkommensschwache Familien sollten aus El Samadonis Sicht ein digitales Existenzminimum garantiert bekommen. Das sagte sie in ihrer Funktion als Bürgerbeauftragte für soziale Angelegenheiten bei der Präsentation ihres neuen Tätigkeitsberichts am 10. Juni und begründete dies mit der immer stärker digitalisierten Lebenswirklichkeit – gerade auch im Zuge der Corona-Pandemie. „Dabei geht es nicht nur um eine Grundausstattung mit Endgeräten, sondern auch um Zugang und Versorgung mit leistungsfähigem WLAN und Internet“, heißt es in dem Jahresbericht für 2020. „Für die Bezieher*innen von Grundsicherungsleistungen sollte ein klarer und verbindlicher Anspruch auf einen Mehrbedarf für die digitale Grundausstattung im Gesetz verankert werden.“

Die Pandemie habe besonders stark vor Augen geführt, wie wichtig eine digitale Grundausstattung für alle Menschen sei, sagte El Samadoni. Während des Lockdowns seien viele Ämter für den Besucherverkehr geschlossen gewesen, Anträge auf Sozialleistungen sollten elektronisch gestellt und Schüler digital unterrichtet werden. Viele Menschen hätten dafür aber nicht die technischen, räumlichen und finanziellen Voraussetzungen oder die erforderlichen Kompetenzen.

Im Berichtsjahr 2020 gingen bei der Bürgerbeauftragten insgesamt 3.519 Petitionen ein.



Die Bürgerbeauftragte Samiah El Samadoni präsentiert ihren neuen Tätigkeitsbericht auf einer Pressekonferenz.

Deutlich mehr Arbeit für die Polizeibeauftragte

In ihrer weiteren Funktion als Polizeibeauftragte im Land hat El Samadoni von Oktober 2018 bis September vergangenen Jahres 504 Fälle bearbeitet. Dabei handelte es sich um 308 Eingaben aus der Polizei sowie um 190 Beschwerden von Bürgern. Insgesamt waren das 108 mehr als in den zwei Jahren davor, wie El Samadoni Ende Mai auf einer Pressekonferenz bei der Vorstellung ihres Tätigkeitsberichts sagte. In 28 Fällen wandten sich Bürger an die Beauftragte, weil sie polizeiliche Maßnahmen als rechtswidrig empfanden. Laut El Samadoni waren Maßnahmen aber nur in zwei der Fälle rechtswidrig, nur drei Sachverhalte seien als unklar einzustufen.

Hauptthema der Bürgerbeschwerden war schlechte Kommunikation mit 52 Fällen. Oft war demnach das Handeln von Beamten nicht transparent und nicht nachvollziehbar erschienen. „Hier ist aus meiner Sicht ein klarer Schwerpunkt und Arbeitsauftrag für die Polizei zu entnehmen“, betonte die Beauftragte, die seit dem 1. Oktober 2016 Polizeibeauftragte des Landes ist. Neben dem Amt als Bürgerbeauftragte leitet sie zudem noch die Antidiskriminierungsstelle sowie die Beschwerdestelle für Heimkinder.

Feierstunde im Landtag: Schleswig-Holstein ohne Verfassungsgericht nicht mehr vorstellbar

Als letztes Bundesland bekam Schleswig-Holstein 2008 sein eigenes Verfassungsgericht. Anfang des Jahres endete die erste Amtszeit der Richter. Zu diesem Anlass gab es Mitte Juni eine Feierstunde im Landtag.

Der Schleswig-Holsteinische Landtag hat Mitte Juni die Richter des Landesverfassungsgerichtes und ihre Arbeit gewürdigt. Der Anlass: Anfang des Jahres war die erste Amtszeit der Richter nach zwölf Jahren zu Ende gegangen. Im Januar hatte es nach Ablauf der ersten vollen Wahlperiode erstmals einen Wechsel an der Spitze des Gerichtes gegeben. Bernhard Flor übergab sein Amt als Präsident des Landesverfassungsgerichtes an seinen Nachfolger Christoph Brüning.

Es sei eine seltene Gelegenheit, dass Vertreterinnen und Vertreter aller drei essentiellen demokratischen Gewalten zusammenkommen, sagte Parlamentspräsident Klaus Schlie zur Eröffnung der Feierstunde im Plenarsaal. Er dankte dem Laudator Stephan Harbarth, Präsident des Bundesverfassungsgerichtes, stellvertretend für die Institution in Karlsruhe und dessen Mitglieder für die Arbeit der vergangenen Jahrzehnte. „Bevor es eine eigene Verfassungsgerichtsbarkeit hier im Norden gab, ist das Bundesverfassungsgericht sehr oft hilfreich eingesprungen. Sie haben wichtige Aufgaben für Schleswig-Holstein wahrgenommen.“

Nach der Einrichtung des Landesverfassungsgerichtes vor 13 Jahren habe dieses schnell eine praktische Wirkung entfaltet, so Schlie. „Damit das gelingt, kommt es auf die Personen an, die das Amt ausführen und das Gericht mit ihrer Arbeit prägen.“ Dazu gehöre mitunter auch, dem Gesetzgeber den Spiegel vorzuhalten. Mittlerweile sei Schleswig-Holstein ohne diese eigene Institution nicht mehr denkbar: „Das ist das Ergebnis mutiger Entscheidungen und der Arbeit eines von hoher Kompetenz und großer Integrität geprägten Kollegiums.“

Schlagkräftige Kontrollinstanz mit großem Ansehen

Harbarth hob in seiner Festrede die anspruchsvolle Aufgabe der Richter eines neuen Gerichtes hervor. „Es erfordert besondere Kenntnisse, wenn ein Landesverfassungsgericht aus der Taufe gehoben wird. Sie alle haben Ihre ehrenamtliche neue Aufgabe mit größter Verantwortung und Engagement wahrgenommen“, sagte Harbarth an die Richter gerichtet. „Sie haben das Landesverfassungsgericht zu einer schlagkräftigen Kontrollinstanz entwickelt und ihm großes Ansehen im Land verschafft.“

Die Einrichtung eines eigenen Landesverfassungsgerichtes sei für Schleswig-Holstein überfällig gewesen. „Einen Hüter der Landesverfassung zu haben, ist kein Luxus, sondern eine Selbstverständlichkeit. Denn Verfassung darf nicht nur auf dem Papier stehen, sondern

muss auch durchsetzbar sein.“ Das Schleswig-Holsteinische Landesverfassungsgericht ist das jüngste in Deutschland. Es habe sich schnell gezeigt, wie ein Gericht der Landesverfassung Konturen und Profil verleihen könne. In den vergangenen Jahren habe es eine Fülle bedeutender Entscheidungen getroffen, so der Präsident des Bundesverfassungsgerichtes. „Ihre Urteile haben bundesweit Beachtung gefunden und zeigten, dass das noch junge Gericht seine Rolle selbstbewusst und schnell ausgefüllt hatte.“

Feierstunde musste zunächst verschoben werden

Schleswig-Holstein verfügte bis 2008 als einziges Bundesland über keine eigene Landesverfassungsgerichtsbarkeit. Über nahezu vier Jahrzehnte hinweg waren landesverfassungsrechtliche Streitigkeiten dem Bundesverfassungsgericht zur Entscheidung zugewiesen. Am 31. Dezember 2020 endete die erste Amtszeit sowohl des Gründungspräsidenten des Schleswig-Holsteinischen Verfassungsgerichtes, Bernhard Flor, als auch weiterer Verfassungsrichter der ersten Stunde.

Die Feierstunde war ursprünglich für Anfang Februar geplant. Corona-bedingt musste sie jedoch verschoben werden. Sie war – mit Ausnahme des parlamentarischen Betriebs – die erste Präsenzveranstaltung, die der Landtag wieder durchgeführt hat.



Der Präsident des Bundesverfassungsgerichts, Stephan Harbarth, hielt die Laudatio im Plenarsaal.



Alter und neuer Präsident kommen zusammen: Seit Anfang des Jahres steht Christoph Brüning (2. v. li.) an der Spitze des Landesverfassungsgerichts. Zuvor bekleidete Bernhard Flor (li.) dieses Amt.



Im dänischen Rødbyhavn arbeiten die Baumaschinen bereits auf Hochtouren an der Zufahrt zum geplanten 18 Kilometer langen Fehmarnbelt-Tunnel.

Das Beste aus Großprojekt Fehmarnbelt-Tunnel machen

Das Projekt bleibt umstritten, wird aber gebaut: An der festen Fehmarnbelt-Querung scheiden sich weiter die Geister. Die Grünen halten an ihrer Grundsatzkritik fest, finden sich aber mit der Realität ab.

Schleswig-Holstein will die Chancen aus dem geplanten Fehmarnbelt-Tunnel für das Land nutzen und die negativen Auswirkungen auf Natur und Anwohner entlang der Hinterlandanbindung so gering wie möglich halten. Das machte Wirtschaftsminister Bernd Buchholz im Mai im Plenum deutlich. Der FDP-Politiker warb für das größte Verkehrsinfrastrukturprojekt in der Geschichte des Landes: Das Projekt biete viel Potenzial für neue Gewerbeflächen im Land und „schafft auch ökologisch ganz viel Positives“.

Grüne und eine Minderheit in der SPD lehnen das Milliardenprojekt nach wie vor ab. Dänemark hat mit dem Bau bereits begonnen, in Deutschland laufen vorbereitende Arbeiten zum Beispiel an Baustraßen und zur Baugrunderkundung. Am 3. November vergangenen Jahres hatte das Bundesverwaltungsgericht alle Klagen gegen das Vorhaben abgewiesen. Joschka Knuth von den Grünen erkannte das Gerichtsurteil an: „Wir können unsere Augen vor dieser Realität nicht verschließen.“

Schleswig-Holstein bekommt eigenes Integrationsgesetz

Schleswig-Holstein hat nach langer Diskussion ein eigenes Integrations- und Teilhabegesetz für zugezogene und geflüchtete Menschen bekommen. CDU, Grüne und FDP beschlossen das zehnteilige Papier im Juni gegen die Stimmen der Opposition. Auch innerhalb der Regierungskoalition gab es einige kritische Anmerkungen in der Debatte. Von der SPD in einem Antrag vorgelegte Änderungen, unter anderem zur interkulturellen Öffnung der Landesverwaltung, wurden abgelehnt.

Das von der Jamaika-Koalition auf den Weg gebrachte Gesetz schreibt in 16 Paragraphen Ziele und Handlungsebenen fest. Dabei wird die Integration von Menschen mit Migrationshintergrund als ein „gesamtgesellschaftlicher“, durch die Träger der öffentlichen Verwaltung unterstützter Prozess bezeichnet. Ein übergeordnetes Ziel des Gesetzes ist es, die Integration „in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens, insbesondere in der lokalen Gemeinschaft, zu ermöglichen, zu fördern und zu gestalten.“

Jetzt sei es wichtig, die negativen Auswirkungen für Anwohner, Natur und Umwelt so gering wie möglich zu halten, forderte er.

Das Projekt habe europaweite Bedeutung, sagte FDP-Fraktionschef Christopher Vogt. Es bringe Deutschland und Mitteleuropa näher an Skandinavien heran. Mit der festen Querung werde auch der kulturelle Austausch verstärkt, fügte Lukas Kilian von der CDU an. „Beide Staaten werden noch stärker zusammenarbeiten.“

Der SPD-Abgeordnete Kai Vogel stellte ebenfalls die Vorteile heraus und wies auf zusätzliche Arbeitsplätze, zum Beispiel in neuen Gewerbegebieten, hin. Leidenschaftlich befürwortete der SSW-Vorsitzende im Landtag, Lars Harms, das deutsch-dänische Projekt und verband dies mit der Forderung nach dem Weiterbau der A20 samt Elbquerung westlich von Hamburg.

Ein Antrag der Koalition („Chancen der Festen Fehmarnbelt-Querung für Schleswig-Holstein entwickeln und nutzen“) wurde mehrheitlich verabschiedet. Ein SPD-Papier mit detaillierten Handlungsmaßnahmen soll in mehreren Fachausschüssen diskutiert werden.

Pflegeberufekammer: Zum Ende des Jahres ist schon wieder Schluss

Die Pflegeberufekammer wird zum Ende des Jahres aufgelöst. Dies beschloss der Landtag in seiner Mai-Tagung einstimmig. Zuvor hatten die Mitglieder der Kammer mit großer Mehrheit für die Auflösung der Einrichtung votiert. Fast 92 Prozent stimmten im März bei einer Befragung dafür, gut acht Prozent waren für eine Fortführung der Kammer. Teilgenommen hatten 17.747 der 23.579 Mitglieder. Die Pflegeberufekammer hatte die bis 2017 amtierende Koalition aus SPD, Grünen und SSW angeschoben, gegründet wurde sie mit Pflichtmitgliedschaft im April 2018.

Es sei weder der Politik noch der Kammer gelungen, den Nutzen klarzumachen, sagte die SPD-Abgeordnete Birte Pauls. Katja Rathje-Hoffmann (CDU) und Dennys Bornhöft (FDP) wiesen auf die breite Ablehnung und Versäumnisse bereits bei der Gründung der Kammer hin. Für die Grünen sagte Marret Bohn, nun werde man andere Wege finden müssen, um mit der Pflege über die Pflege zu sprechen, und Christian Dirschauer (SSW) sieht die Frage nach einer starken Stimme für die Pflege weiter als zentral an. Claus Schaffer (AfD) kritisierte Steuergeldverschwendung für die ineffizient Pflegeberufekammer.

Ringen um notwendige Lehren aus Corona für die Schulen

In zwei großen Schuldebatten, die an zwei Tagen insgesamt über fünf Stunden dauerten, zeigte sich, dass in der Corona-Pandemie digitale Defizite der Schulen bestehen. Mit einer Überarbeitung des Schulgesetzes sollen neue Grundlagen für Digitalunterricht entstehen. Nach Ansicht der Opposition greifen die angestrebten Instrumente aber zu kurz. Kümmern will sich die Koalition außerdem um Schulschwänzer. Einigkeit im Plenum herrschte darüber, fachliche und emotionale Defizite bei Schülern aufzuarbeiten und mit entsprechenden Angeboten zu begleiten.

Kurz vor den Sommerferien haben sich Regierung und Opposition in der Landtagstagung eine Auseinandersetzung um die Schulpolitik geliefert – insgesamt schauten die Abgeordneten angesichts der stark gesunkenen Corona-Inzidenzwerten vorsichtig optimistisch auf das kommende Schuljahr. Neben der Verabschiedung einer Reform des Schulgesetzes ging es in den Debatten vor allem um die Digitalisierung und Mittel, aber auch um das Schulschwänzen.

Mit dem neuen Schulgesetz hat die schwarz-grün-gelbe Koalition rechtliche Grundlagen für Digitalunterricht geschaffen. Nach Ansicht von SPD und SSW fehlt der Jamaika-Koalition jedoch der Mut.

Nach Ansicht von Bildungsministerin Karin Prien, die nach den Sommerferien die Rückkehr zum Präsenzunterricht ankündigte, stärkt das neue Schulgesetz die Schulen. „Wir stellen wieder durchgängig klar, dass Schule einen Bildungs- und einen Erziehungsauftrag hat“, sagte die CDU-Politikerin. Zudem zog die Koalition eine Lehre aus der Corona-Pandemie: „Wir haben jetzt die gesetzliche Grundlage für die Nutzung digitaler Lehr- und Lernformen gerade auch anstelle von Präsenzunterricht, wenn besondere Umstände es erfordern.“

Ab dem neuen Schuljahr drohen Schülern bei Fehlverhalten härtere Sanktionen. Beispielsweise können sie für die Dauer von bis zu drei Wochen vom Unterricht ausgeschlossen werden; bei schwerer oder wiederholter Störung des Unterrichts ist ein dreiwöchiger Ausschluss möglich. Außerdem können



Ist in Sorge: FDP-Bildungspolitikerin Anita Klahn hofft, dass den Schülern die Rückkehr in den normalen Schulbetrieb keine Probleme bereitet.



Übt Kritik: SPD-Mann Martin Habersaat wünscht sich von der Landesregierung mehr Engagement bei der Digitalisierung.

künftig auch Schüler in den fünften und sechsten Klassen als Mitglieder mit beratender Stimme in der Schulkonferenz mitwirken. Weitere Änderungen betreffen Lehrer: Schulinterne Bewerbungen für Schulleiter-Posten werden erst bei einer wiederholten Ausschreibung berücksichtigt.

Scharfe Kritik an der Reform kam von SPD und SSW. Nach Ansicht der SSW-Bildungspolitikerin Jette Waldinger-Thiering fehlen dem Regierungsbündnis schlicht Visionen. Ihr SPD-Kollege Martin Habersaat vermisste Mut zum Anpacken wichtiger Themen. „Stattdessen hat die Regierung sehr viel Arbeit auf Semantik vergeudet.“ Mehr Engagement forderte Habersaat vor allem im Bereich der Digitalisierung. „Natürlich

freuen wir uns alle, dass jetzt Präsenzunterricht wieder möglich ist. Aber die Laptops dürfen doch jetzt nicht wieder im Klassenschrank verschwinden.“ Schulen sollten bei digitalen Angeboten kooperieren können oder im Einzelfall in Distanz arbeiten.

300 Millionen Euro für Maßnahmen

Nach Angaben der Landesregierung stehen für Digitalisierungsmaßnahmen an Schulen von 2019 bis 2024 rund 300 Millionen Euro zur Verfügung. Grundlage sind unter anderem Vereinbarungen mit dem Bund und Landesprogramme. 80 Prozent der Schulen seien an das Glasfasernetz angeschlossen, sagte der CDU-Bildungspolitiker Tobias von

Rückblick aufs Corona-Schuljahr

Im Zuge der Schuldebatte warf Bildungsministerin Prien einen Blick auf das abgelaufene Corona-Schuljahr 2020/2021 zurück und präsentierte Zahlen: So haben vor den Sommerferien laut ihrem Bericht zum Sommerferienstart 10.965 Abiturienten an Gymnasien, Gemeinschaftsschulen mit Oberstufe und Beruflichen Gymnasien ihre Abschlusszeugnisse erhalten. Rund 21 000 Schüler an 202 allgemeinbildenden Schulen nahmen nach Angaben des Ministeriums an den Prüfungen zum Ersten allgemeinbildenden Schulabschluss (ESA) und zum Mittleren Schulabschluss (MSA) teil.

Die landesweiten Mittelwerte der Abiturdurchschnittsnote liegen am Gymnasium bei 2,33 und an Gemeinschaftsschulen bei 2,53 und sind etwas besser als in den Vorjahren (2,44 und 2,63). Die Bestnote 1,0 wurde den Angaben zufolge 169 Mal vergeben. An den Beruflichen Gymnasien bestanden 1870 Schüler die Abiturprüfung. Der Mittelwert der Abiturdurchschnittsnote liegt bei 2,48 (2020: 2,60), die Bestnote 1,0 gab es 13 Mal.

der Heide. „Uns muss es darum gehen, Schule mit Digitalisierung besser zu machen.“ Mittlerweile gebe es Leihgeräte für Kinder, deren Eltern sich kein Tablet-PC leisten könnten.

Schärfer vorgehen will die Koalition gegen Schulabsentismus. „Unsere Gesellschaft kann und darf es sich nicht leisten, junge Menschen bei der Bildung zurückzulassen“, heißt es in einem vom Parlament beschlossenen Antrag. Bis Ende des Jahres soll das Bildungsministerium ein Konzept vorlegen, wie Schulen gegen Schulschwänzer vorgehen können. „Im Einzelfall vielleicht auch mit der Polizei“, sagte von der Heide.

Die Grünen-Bildungspolitikerin Ines Strehlau betonte: „Schulen müssen wissen,

wie sie die Belastung von Kindern erkennen.“ Und wo sie Hilfe holen können. Die FDP-Bildungspolitikerin Anita Klahn verwies auf mögliche Folgen des Unterrichtsausfalls der vergangenen Monate. „Es bleibt zu hoffen, dass wir keine Häufung von Schulabsentismus feststellen werden oder allgemeine Anlaufprobleme, wenn es wieder in den regulären Schulbetrieb geht.“

Bei der Aufarbeitung der „psychisch-emotionalen Belastungssituationen“ nach den harten Corona-Monaten mit viel „Home-Schooling“ votierte der Landtag für die von der Koalition geforderte konsequente Umsetzung des vom Bund aufgelegten Aktionsprogramms „Aufholen nach Corona“ der Bundesregierung. SSW und SPD scheiterten

hingegen mit ihrem Antrag auf ein „nachhaltiges und ganzheitliches Konzept“ für Förderangebote.

Mit aufgerufen wurde ein Antrag des AfD-Zusammenschlusses zum Thema Impfen von Kinder und Jugendlichen. Volker Schnurrbusch verwies darauf, dass Heranwachsende nur ein sehr geringes Risiko einer schweren Erkrankung hätten und warnte vor einer „Impfpflicht durch die Hintertür“ sowie vor „Überholspuren in Impfzentren“. Ähnlich äußerte sich der fraktionslose Abgeordnete Frank Brodehl: „Eltern muss jeder Restzweifel genommen werden, dass die Verknüpfung Impfen und Schule relevant wird.“ Entsprechende Anträge der beiden wurden abgelehnt.

Land will Ausbau von erneuerbaren Energien voranbringen

Mit mehr Solaranlagen will Schleswig-Holstein den Klimaschutz voranbringen. So soll es beim Bau gewerblicher Immobilien Pflicht werden, Photovoltaik zu installieren. Der entsprechende neue Entwurf des Klimaschutzgesetzes von Umweltminister Jan Philipp Albrecht (Grüne) sorgte in der Ersten Lesung im Landtag Mitte Juni für kontroverse Diskussionen. Er wurde an den Umwelt- und Agrarausschuss überwiesen.

Das Energiewende- und Klimaschutzgesetz legt bereits seit 2017 das Ziel des Landes für die Reduzierung der Treibhausgase fest. Zu den geplanten Neuerungen zählt nun der stärkere Ausbau von Photovoltaikanlagen. Ferner soll der Anteil erneuerbarer Energien im Wärmesektor steigen. Vorgesehen ist eine Pflicht, teilweise Öko-Energie bei der Wärmeversorgung bestehender Gebäude zu nutzen. Diese greift bei einem Wechsel der Heizungsanlage in Häusern, die vor 2009 gebaut wurden. Dann müssen künftig mindestens 15 Prozent des jährlichen Bedarfs durch Erneuerbare Energien gedeckt werden.

Albrecht forderte im Landtag einen deutlichen Ausbau der erneuerbaren Energien. Neben der Windkraft spiele beim Ausbau vor allem die Photovoltaik eine zentrale Rolle. Schleswig-Holstein sei die Energie-Drehscheibe Europas. Und: Mit dem neuen Gesetz nehme das Land eine bundesweite Vorreiterrolle ein.

Er verwies auch darauf, dass das Ziel, die Treibhausgasemissionen gegenüber 1990 um 40 Prozent zu reduzieren, 2020 verfehlt worden sei. „Noch immer ist bei vielen nicht angekommen, dass der steigende Preis für fossile Energieträger keine Frage mehr von politischen Entscheidungen ist, sondern eine

Tatsache, die bei der Wirtschaftlichkeit einbezogen werden muss“, sagte er und kündigte eine Anpassung des Gesetzes an, sobald das Bundesklimaschutzgesetz von Bundestag und Bundesrat verabschiedet wurde.

Der SPD reichen die Landespläne nicht aus. Im Gegensatz zur Landes- habe die Bundesregierung vor dem Hintergrund des Bundesverfassungsgerichts-Urteils ihre Klimaschutzziele deutlich verschärft und gebe nun 65 Prozent weniger Treibhausgas-Emissionen bis 2030 und Klimaneutralität bis 2045 als Ziel aus, erklärte der energiepolitische Sprecher der Sozialdemokraten, Thomas Hölck. Den Gesetzentwurf nannte er eine Blamage.

CDU-Fraktionschef Tobias Koch forderte die schnellstmögliche Abschaltung des Heizkraftwerks Wedel an der Landesgrenze. „Hamburg darf seine Klimaziele nicht länger auf Kosten Schleswig-Holsteins erreichen.“ Mehr Ökostrom will er durch den Ersatz älterer Windräder durch leistungsstärkere erreichen. Neue Vorranggebiete für Windkraft lehnte Koch ebenso ab wie ein Tempolimit auf Autobahnen und ein Verbot von Kurzstreckenflügen. Stromtrassen müssten schneller ausgebaut werden, damit Wind-

räder im Norden nicht länger abgeschaltet werden müssten.

Die Fraktionsvorsitzende der Grünen, Eka von Kalben, machte deutlich, dass auch das Soziale beim Klimaschutz mitgedacht werden müsse. „Die Menschen dürfen nicht abgehängt werden.“ Gleichzeitig sei es aber notwendig, auch auf Veränderungen im Privaten zu pochen und dabei auf Effizienz und Einsparung zu setzen. Denn, so von Kalben: „Kein Klimaschutz ist auf jeden Fall unsozial.“

Oliver Kumbartzky (FDP) kritisierte, dass das bislang geltende, von der Vorgängerkoalition beschlossene Gesetz „handwerklicher Murks“ gewesen sei. Die Jamaika-Koalition wolle nun verbindlicher vorgehen und „vor der eigenen Haustür und auf dem eigenen Dach kehren“.

Christian Dirschauer (SSW) gab zu bedenken, dass der European Green Deal als zentraler Bestandteil der EU-Klimapolitik auch für Schleswig-Holstein richtungweisend sei und damit auch das Ziel, bis 2050 klimaneutral zu sein. Die Visionen im neuen Klimaschutzgesetz seien gut, aber sie müssten auch umsetzbar und vor allem finanzierbar sein.

Der AfD-Abgeordnete Jörg Nobis kritisierte vor allem die Pläne für neue Heizungsanlagen. Die geplante Ökoenergieflicht greife „in ruinöser Weise“ in die Freiheit von Hausbesitzern ein und bedeute immense Mehrkosten, sagte er.

Was hat die Landespolitik in früheren Zeiten bewegt?

In dieser Serie blicken wir ins Archiv und spüren nach, was den Landtag in vergangenen Zeiten beschäftigt hat. Diesmal geht es ins Jahr 1981. Zehntausende Menschen protestieren gegen den Bau des Atomkraftwerks Brokdorf.

1981:

Brokdorf-Demo spaltet das Landesparlament

„Brokdorf war eine sehr ernste Herausforderung des Rechtsstaates und eine schwere Belastungsprobe für die Polizei. Ich bin froh und dankbar, dass wir sie bestanden haben.“ So beendet Innenminister Uwe Barschel (CDU) seine Rede vor dem Landtag am 26. März 1981. Knapp einen Monat zuvor protestieren zehntausende Menschen gegen den Bau des Atommeilers in der Wilster Marsch. Eine radikale Minderheit liefert sich eine Schlacht mit den Einsatzkräften. Die Eskalation war im Vorwege befürchtet worden. Die Fraktionen von CDU, SPD und FDP sowie der Abgeordnete Karl Otto Meyer vom SSW hatten vier Tage vor der Brokdorf-Demo eine „Gemeinsame Erklärung“ verfasst: „Gewaltanwendung als Mittel der politischen Auseinandersetzung ist abzulehnen und kann nicht gerechtfertigt werden“, heißt es darin. Und: „Alle Beteiligten werden aufgerufen, (...) durch besonnenes Handeln ihren Beitrag zu leisten, gewaltsame Auseinandersetzungen zu vermeiden.“

Aufregerthema Atomenergie

Die Debatte über Atomkraft bestimmt die 1970er Jahre in der Bundesrepublik. Für die einen ist es eine günstige und ergiebige Energiequelle. Für die anderen bedroht die Strahlung Gesundheit und Umwelt. In Schleswig-Holstein streitet sich die Landespolitik über das 1976 genehmigte Atomkraftwerk in Brokdorf an der Unterelbe.

Die sozialdemokratische Opposition ist gegen den Bau des AKW. Die CDU-Regierung um Ministerpräsident Gerhard Stoltenberg erteilt am 19. Februar 1981 jedoch die zweite Genehmigung für das Kernkraftwerk. Daraufhin rufen Atomkraftgegner zur Demonstration am 28. Februar in der Wilster Marsch auf. Innenminister Barschel bestellt ein Großaufgebot von Polizei und Bundesgrenzschutz, um die Lage zu kontrollieren. Trotz des durch den Landrat des Kreises Steinburg verhängten Demonstrationsverbotes im Bereich des AKW machen sich zehntausende Menschen aus ganz Deutschland auf den Weg nach Schleswig-Holstein. In der Wilster Marsch treffen mindestens 50.000 Demonstranten auf rund 11.000 Staatsschützer. Die Stimmung ist aufgeheizt. Am Nachmittag liefern sich etwa 300 Militante direkt am Bauplatz ein Gefecht mit der Polizei. Die setzt per Helikopter Hundertschaften auf dem Gelände ab. Es fliegen

Molotowcocktails und Steine, die Polizei setzt Tränengas und Schlagstöcke ein.

Streit um „Erziehung der Jugend“

Vier Wochen später, am 26. März 1981, berät das Landesparlament den „Bericht zur Lage der Polizei“. Die Abgeordneten liefern sich einen Schlagabtausch darüber, wer die Verantwortung für die Ausschreitungen bei der Demonstration zu tragen habe.

Innenminister Barschel verteidigt die Einsatzkräfte. Der Einsatz in Brokdorf habe gezeigt, „dass unsere Einsatzleiter, unsere



Innenminister Uwe Barschel (li.) und SPD-Oppositionsführer Klaus Matthiesen sind sich in der damaligen Debatte über das Vorgehen der Polizei nicht einig.

Polizeiführer ihr polizeitaktisches Handeln hervorragend beherrschten.“ Laut Barschel zeigen die Ausschreitungen, dass die Institutionen bei der Erziehung der Jugend versagt hätten.

SPD-Oppositionsführer Klaus Matthiesen setzt sich für die Protestierenden ein. Er prangert vermeintliche Willkür der Polizei beim Einsatz in Brokdorf an. Von Barschels Jugendschelte hält er nichts. Eher sollte die Ursache der „Jugendproteste“ gesucht werden, um das Vertrauen der jungen Menschen in die Demokratie zu erhalten.

Heiko Hoffmann, CDU-Fraktionsvorsitzender, ist der Auffassung, dass die Polizei nach den Krawallen der Atomkraftgegner handeln müssen. Es sei die Aufgabe der Staatsmacht, die Bürger vor Gewalt zu schützen. „Wenn die gewählten Politiker nicht dem Rechtsbruch wehren, dann machen sie sich mitverantwortlich, für den Abbau der Demokratie. Wir stehen jetzt vor einer der schwersten Herausforderungen in den nächsten Monaten und Jahren.“

„Kraft der Bewegung für den Staat nutzen“

Neihart Neitzel, FDP-Fraktionschef, macht die Polizei für die Ausschreitungen verantwortlich: Am 28. Februar habe der Rechtsstaat „eine Bewährungsprobe bestanden“, größtenteils seien die Demonstranten friedlich gewesen. Problematisch sei das Demonstrationsverbot, weil es nicht durchzusetzen gewesen sei. „Ein Staat, der nicht durchsetzbare Verbote erlässt, macht sich lächerlich“, so Neitzel.

Für den SSW sichert Karl Otto Meyer den friedlichen Protestierenden seine Unterstützung zu. Die Politiker müssten die „enorme und fantastische Kraft“ sehen, die hinter dieser Anti-Kernkraft-Bewegung stehe, es

müsse die Aufgabe der Politik sein, „diese Leute und diese Kraft auszunutzen für diesen Staat“. Reinhold Stühlmeyer (SPD) macht deutlich, dass nicht die Polizei, sondern die Gesellschaft Schuld an der Eskalation in Brokdorf trage. Kriminalitätsbekämpfung sei eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. „Auch und insbesondere nach den Massendemonstrationen, wie wir sie erlebt haben und wie wir sie wahrscheinlich in Zukunft weiter erleben werden, gilt dies.“ Am Ende der Debatte will SSW-Mann Meyer vom Innenminister wissen, „ob der Helikoptereinsatz berechtigt war“. Barschels Antwort: „Sie wissen – (...) daß wir zu diesem Zeitpunkt die teilweise gewalttätigen Demonstrationen in eine bestimmte Richtung drängen mussten.“

Das Resümee der Debatte: Bei der Zuschreibung der Ursachen der Gewalt-Eskalation zwischen Demonstranten und Staatsmacht weisen sich die Parteien gegenseitig die Schuld zu. Während die CDU sich schützend vor die Beamten stellt, prangern die Oppositionsparteien die polizeilichen Maßnahmen und die Einschränkung des Demonstrationsrechts an.

AKW geht bald vom Netz

Die Kontroverse um das AKW in Brokdorf reicht bis in die Gegenwart. Am 7. Juni 1986 demonstrieren 30.000 Menschen in Brokdorf

gegen die Inbetriebnahme des Kernkraftwerks. Trotzdem geht das Kernkraftwerk im Oktober 1986, als erstes AKW nach der Reaktor-Katastrophe von Tschernobyl im April 1986, ans Netz. Abgeschaltet wird der Meiler voraussichtliche Ende dieses Jahres. Nach dem GAU des Atomreaktors im japanischen Fukushima im März 2011 beschließt die damalige schwarz-gelbe Koalition Ende Mai 2011 den Ausstieg aus der Atomenergie bis 2022. Kurz vor Fukushima hatte Schwarz-Gelb noch den rotgrünen Atomkonsens aus dem Jahr 2000 aufgekündigt und die Laufzeiten der deutschen AKW verlängert.

Neue App: Wilster Marsch ist heute ein „Ort der Demokratie“

Demonstrationen wie die in Brokdorf 1981 gibt es heute nicht mehr. In der App „Orte der Demokratie“, die der Landtag im vergangenen Jahr gestartet hat, ist die aufgeheizte Stimmung in der Wilster Marsch am 28. Februar 1981 multimedial erfahrbar.

Auf die virtuelle Entdeckungstour kann man sich per Smartphone begeben oder vom Computer aus über www.ortederdemokratie.sh. Als Progressive Web App läuft das neue Angebot grundsätzlich auf jedem Gerät oder Browser und erscheint auf dem Handy-Bildschirm durch einfaches Hinzufügen als App. Auch in den üblichen App-Stores sind die „Orte der Demokratie“ auffindbar – und



Wer sich einen Eindruck von der Stimmung bei der Demo in Brokdorf verschaffen will, kann sich die Demokratie-App des Landtages herunterladen.

natürlich über die Website des Landtages unter www.sh-landtag.de/service/orteder-demokratie/.

Amelie Berg



Zu den Protesten gegen den Bau des AKW in Brokdorf reisen im Februar 1981 Demonstranten aus ganz Deutschland an.

Klaus Schlie und Wolfgang Baasch seit 25 Jahren im Landtag „Es gibt immer neue Herausforderungen“

Als Klaus Schlie und Wolfgang Baasch im Frühjahr 1996 in den Landtag einzogen, hieß die Ministerpräsidentin Heide Simonis, und in Schleswig-Holstein bildete sich eine rot-grüne Koalition. In Bonn regierte Helmut Kohls Union mit der FDP. Roman Herzog war Bundespräsident, Berti Vogts war Fußballbundestrainer, und die Deutschen bezahlten noch mit D-Mark. Im Frühjahr 2021 feierten Schlie und Baasch ihr silbernes Jubiläum im Landesparlament. Unsere Social-Media-Redakteurin Anna Gellner traf sich mit den beiden zum Gespräch über damals und heute.

Herr Schlie, Herr Baasch, Sie gehören dem Landtag seit 25 Jahren an. Was hat sich im Laufe der Jahrzehnte verändert?

Baasch: Als ich 1996 in den Landtag gewählt worden bin, war ich 39 Jahre alt. Man war – in so einer großen Fraktion wie die SPD war – als junger Abgeordneter nicht gleich in der ersten Reihe der Diskussion und musste sich anstellen. Das hat sich für mich persönlich geändert, man hat mittlerweile ein anderes Standing. Mit der Zeit hat sich außerdem die Schnelligkeit in manchen Bereichen geändert, gerade dieses Reagieren auf Social Media.

Schlie: Ich erinnere mich noch sehr gut daran, dass damals ein politisches Klima im Landtag herrschte, das nicht unbedingt von großem Vertrauen geprägt war. Das hing natürlich mit der Kieler Affäre zusammen, die ja noch nicht so ganz weit weg war. Deren Nachwirkungen

waren zu spüren, insbesondere zwischen den beiden großen Fraktionen.

Inwiefern gehen Sie heute gelassener an Dinge heran?

Schlie: Wenn man, wie der Kollege Wolfgang Baasch und ich, 25 Jahre Landespolitik gemacht hat, ist man in den Themen irgendwann relativ gut drin. Außerdem weiß man dann, wie die Prozesse ablaufen und ist mit den Kolleginnen und Kollegen eingespielt. Das lässt einen gelassener werden. Aber natürlich ändern sich auch die Aufgaben im Laufe der Zeit, insbesondere, wenn man verschiedenen Funktionen innehat.

Baasch: Gelassenheit ist das eine, natürlich ist aber auch immer alles neu. Wenn uns vor 25 Jahren jemand gesagt hätte, dass wir mal zwei Jahre Pandemie-Krise bewältigen müssen, hätte uns das keiner geglaubt. Insofern ist

es nicht so, dass Gelassenheit heißt, dass es hier im Politikgeschäft einen Alltagstrott gibt, sondern eher, dass man anders an Fragen herangehen kann. Aber die Herausforderungen, die diese Fragen mit sich bringen, sind immer neu. Es reizt einen immer wieder, da Lösungen zu finden.

Was war für Sie der Anlass, in die Politik zu gehen?

Baasch: Mir war es schon immer ein großes Anliegen, mich für Menschen einzusetzen, und so einen Beitrag für das Zusammenleben in unserer Gesellschaft zu leisten. Ich habe damals in Lübeck Kommunalpolitik gemacht. Das wurde immer mehr. Zufällig war in Lübeck ein Wahlkreis frei. Zwischen Haupt- und Ehrenamt gibt es einfach einen Unterschied, was die Intensität angeht. Das Landtagsmandat ermöglichte es mir, mich dann noch intensiver um das politische Geschehen zu kümmern.

Schlie: Für mich war es wichtig, an demokratischen Prozessen mitwirken und politisch entscheiden zu können. Im kommunalen Bereich hat mich immer geärgert, dass „die da oben“ im Land oder im Bund uns in der Kommunalpolitik gesetzliche Vorgaben



Damals und heute: Klaus Schlie, geboren 1954 in Mölln, ist Realschullehrer und seit 1996 mit Unterbrechungen im Landtag. Von 2009 bis 2012 war er Innenminister, davor Staatssekretär für Verwaltungsmodernisierung und Entbürokratisierung im Finanzministerium. Seit 2012 ist er Landtagspräsident.

gemacht haben, die ich in der Sache für falsch oder sogar für überflüssig hielt. Aus dem Grund dachte ich mir: Mit deiner Erfahrung von vor Ort musst du da oben mitmischen. Ich bin allerdings schnell auf dem Boden der Tatsachen gelandet und habe gemerkt, dass es doch zwei verschiedene Ebenen sind und man mitunter einfach andere Sichtweisen auf die Dinge hat.

Erinnern Sie sich an prägende gemeinsame Erlebnisse?

Schlie: Ein prägendes Erlebnis war die Wahl beziehungsweise Nicht-Wahl der Ministerpräsidentin Heide Simonis in vier Wahlgängen im Jahr 2005. Wolfgang Baasch war damals in der Rolle derjenigen Fraktion, die die Ministerpräsidentin stellen wollte, ich in der der Opposition. Das war ein so markantes politisches Erlebnis – das vergisst man nicht. Es war das Unanständigste, was ich in der Politik je miterlebt habe. Ein anderes Ereignis für mich persönlich war ein Urteil unseres Landesverfassungsgerichts, das dazu führte, dass 2012, mitten in einer Legislaturperiode, ein Parlament aufgelöst und neu gewählt werden musste. Dieses Urteil halte ich nach wie vor für sehr diskussionswürdig.

Baasch: Für mich waren immer die Tage, an denen man die Ministerpräsidentin oder den Ministerpräsidenten gewählt hat, besondere Tage. An diesen Tagen wurde immer deutlich,

dass das Parlament nicht irgendwie zusammengekommen ist, sondern tatsächlich einen Gestaltungsauftrag für das Zusammenleben der Menschen in Schleswig-Holstein hat. In der Tat war die Nicht-Wahl von Heide Simonis eine der bedrückendsten Erlebnisse in dem Zusammenhang. Da habe ich tagelang nicht geschlafen, weil ich nicht verstehen konnte, wie so etwas passiert. Ansonsten gibt es natürlich aber auch viel Konstruktives, das im Parlament stattfindet. Dazu gehören tolle Gesetze, die man verabschiedet und die das Leben der Menschen in unserem Land verbessern.

Was machen Sie heute anders als früher?

Schlie: Meine heutigen Aufgaben als Landtagspräsident unterscheiden sich natürlich von denen, die ich als Wahlkreisabgeordneter hatte. Das hängt also einfach mit den unterschiedlichen Funktionen zusammen. Aber man geht auch anders an die politischen Themen heran. Man hat mehr Routine und einen besseren Überblick, außerdem hin und wieder ein Stückchen Abstand, was durchaus ganz hilfreich ist.

Baasch: Ich habe diesen Abgeordneten-Job gemacht, und fand den auch immer spannend. Was sich bei mir allerdings in den letzten Jahren geändert hat, ist, dass ich Vorsitzender des Europaausschusses geworden bin, also auch innerhalb des Parlaments eine etwas

andere Rolle habe. Damit verbunden sind spannende Themen von Brüssel bis zu einer gewissen Art von Außenpolitik, die wir im Landtag ja im Ostseeraum betreiben. Es ist für Schleswig-Holstein wichtig, an dieser Stelle den Draht zu halten und dafür sorgen, dass man einen guten Austausch auch zu den Ostseeanrainerstaaten hält.

Sie beide verlassen den Landtag im kommenden Jahr. Was werden Sie besonders vermissen?

Schlie: Das tägliche Geschäft im Landeshaus. Man ist ja mit dem Haus und der Arbeitsstruktur hier eng verwurzelt. Außerdem werde ich die Möglichkeit vermissen, mit herausragenden Menschen zusammenzukommen. Ich habe Persönlichkeiten getroffen, denen ich ohne die Politik nicht begegnet wäre.

Baasch: Mir geht es da ähnlich wie Klaus Schlie. Dieses Haus an der Förde ist etwas Besonderes. Hier habe ich viele Menschen aus Kunst und Kultur getroffen, Menschen, die politische Bedeutung haben, die die Gesellschaft mitgeprägt haben. Daran teilzuhaben, werde ich vermissen. Wir sind ja beide seit 25 Jahren hier, wir kennen hier viele Menschen. Was ich nicht vermissen werde: die Fahrt von Lübeck nach Kiel. Ich verstehe es nicht, dass es niemand hinkriegt, da eine Straße zu bauen, die einigermaßen funktioniert (alle lachen).



Jetzt und früher: Wolfgang Baasch wurde 1957 in Dänischenhagen (Kreis Rendsburg-Eckernförde) geboren. Er hat als Erzieher in einem Förderzentrum für Kinder mit Behinderung gearbeitet. Seit 1996 gehört der Lübecker der SPD-Fraktion an. In der laufenden Wahlperiode ist er Vorsitzender des Europaausschusses.

Serpil Midyatli ist Ende Juni zur Fraktionschefin der Sozialdemokraten gewählt worden. Die Fraktion bestimmte sie zur Nachfolgerin des langjährigen Vorsitzenden Ralf Stegner, der im Herbst in den Bundestag wechseln will. Midyatli bekam bei zwei Nein-Stimmen und einer Enthaltung 17 von 20 Stimmen. Das entspricht einer Zustimmung von 85 Prozent. Midyatli trat ihr neues Amt am 1. Juli an. Damit übernahm sie auch das in der Verfassung verankerte Amt der Oppositionsführerin. Sie gehört dem Landtag seit 2009 an. Vor gut zwei Jahren hatte Midyatli von Stegner auch den Landesvorsitz der SPD übernommen. In diesem Amt wurde sie im April für zwei weitere Jahre bestätigt. Seit Ende 2019 ist sie auch stellvertretende Vorsitzende der Bundes-SPD.

Die anderen Fraktionschefs gratulierten Midyatli zur Wahl. „Sie übernimmt eine anspruchsvolle Aufgabe und muss sich zwischen großen Fußspuren oder neuen Wegen entscheiden“, kommentierte Tobias

Koch (CDU). FDP-Kollege Christopher Vogt geht „davon aus, dass sich das mittlerweile recht gute Verhältnis zwischen SPD- und FDP-Fraktion mit Serpil Midyatli an der Spitze noch weiter verbessern wird“. Die Grüne Eka von Kalben freute sich „auf die Zusammenarbeit mit dieser klugen, verlässlichen, warmherzigen und humorvollen Kollegin“. Er habe Midyatli als offene und ehrliche Person schätzen gelernt, erklärte Lars Harms vom SSW.



Runde Geburtstage

Roswitha Strauß aus Alveslohe (Kreis Segeberg), von 1996 bis 2005 für die CDU im Landtag, hat am 30. Mai ihren 75. Geburtstag gefeiert.

Gitta Trauernicht, von 2005 bis 2014 für die SPD im Landtag, Landessozialministerin von 2004 bis 2009, Landtagsvizepräsidentin von 2009 bis 2012, hat am 30. April ihren 70. Geburtstag gefeiert.

Anna Schlosser-Keichel aus Jübek (Kreis Schleswig-Flensburg), von 1992 bis 2009 für die SPD im Landtag, hat am 9. Mai ihren 70. Geburtstag gefeiert.

Volker Dornquast aus Henstedt-Ulzburg (Kreis Segeberg), von 2012 bis 2017 für die CDU im Landtag, davor drei Jahre Staatssekretär im Innenministerium, hat am 4. Juni seinen 70. Geburtstag gefeiert.

Klaus-Dieter Müller aus Potsdam, von 1996 bis 2005 für die SPD im Landtag, hat am 20. Juni seinen 70. Geburtstag gefeiert.

Herzlichen Glückwunsch!

Blickpunkt Bundestag 2021

Auf der Mitte Juni aufgestellten Landesliste der CDU finden sich sechs ehemalige Landtagsabgeordnete: **Johann Wadephul** (Platz 1), **Astrid Damerow** (Platz 2), **Petra Nicolaisen** (Platz 4), **Gero Storjohann** (Platz 5), **Michael von Abercron** (Platz 9) und **Thomas Stritzl** (Platz 13). +++ Ex Landtagsfraktionschef **Wolfgang Kubicki** führt die Mitte Juni beschlossene FDP-Landesliste an. Direktkandidat der Liberalen im Wahlkreis 9 (Ostholstein/Stormarn-Nord) ist der Landtagsabgeordnete **Jörg Hansen**.

Trauer um Holger Astrup und Marianne Tidick

Holger Astrup, langjähriger Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Fraktion, ist am 30. März im Alter von 72 Jahren gestorben. Astrup gehörte dem Landtag von 1988 bis 2009 an, zuvor wirkte er 16 Jahre lang als Grundschullehrer. Der in Flensburg geborene und in Erfde (Kreis Schleswig-Flensburg) heimische Sozialdemokrat sei ein



„Vollblut-Parlamentarier“ und „eine der einflussreichsten Persönlichkeiten in diesem Hause“ gewesen, sagte Landtagspräsident Klaus Schlie in der April-Sitzung. Holger Astrup, der „alle entscheidenden Weichen zu stellen wusste, um die Zukunft Schleswig-Holsteins zu gestalten“, sei „klar im Kurs, aber immer humorvoll, wohlwollend und warmherzig“ gewesen, so Schlie – „ein Kollege, auf dessen Wort man sich immer verlassen konnte“.

Am 12. Mai ist **Marianne Tidick** im Alter von 78 Jahren verstorben. Die aus Hamburg stammende SPD-Politikerin war zwischen 1988 und 1996 zunächst Ministerin für Bundesangelegenheiten und anschließend im Kabinett zuständig für Bildung und Wissenschaft. Von 1988 bis 1990 war sie stellvertretende Ministerpräsidentin. Marianne Tidick sei „eine der prägendsten Bildungs- und Kulturpolitikerinnen unseres Landes“ gewesen, so Landtagspräsident Schlie in der Mai-Sitzung. „Gleicher Zugang zu guter Bildung für alle“ sei stets das Ziel der „hoch erfahrenen, durchsetzungsstarken Frau“ gewesen. Die Gründung der Fachhochschule Westküste in Heide und der Aufbau der Muthesius-Kunsthochschule in Kiel seien „Früchte ihres Schaffens“.



Studie: Viele Ex-Nazis an Neuaufbau der Verwaltung beteiligt

Muss man Verbrecher integrieren, wenn man einen neuen demokratischen Staat aufbauen will? Wie sollen Opfer das ertragen? Eine neue, vom Landtag in Auftrag gegebene Studie fördert beklemmende Fakten zur NS-Vergangenheit von Juristen und Polizisten im Norden zutage. Der Landtag diskutiert nachdenklich.

In Schleswig-Holstein sind Juristen und Polizisten in den ersten beiden Nachkriegsjahrzehnten noch häufiger und tiefer in das NS-Regime verstrickt gewesen als von Experten erwartet. Dies ergab eine vom Parlament in Auftrag gegebene umfassende Studie, die ein Team unter Leitung des Historikers Uwe Danker von der Europa-Universität Flensburg erarbeitet hat. In diesen Gruppen und auch in der Sozialverwaltung des Landes seien Verstrickung und Belastung exorbitant hoch gewesen, sagte Danker bei der Vorstellung der Ergebnisse am 20. Mai. Teilweise waren hohe Funktionsträger extrem vorbelastet.

Die neue Untersuchung, die an eine 2016 fertiggestellte Studie zur „geschichtswissenschaftlichen Aufarbeitung der personellen und strukturellen Kontinuität nach 1945 in der schleswig-holsteinischen Legislative und Exekutive“ anschließt, hatte Danker zunächst den Abgeordneten während der laufenden Plenartagung im Plenarsaal vorgestellt, und anschließend der breiten Öffentlichkeit in einer Pressekonferenz. Nur knapp zwei Stunden später beleuchteten die Abgeordneten die Ergebnisse in einer Plenardebate.

Hintergrund: Der Landtag hatte die Folgestudie zur personellen und strukturellen Kontinuität nach 1945 in Auftrag gegeben und mit 200.000 Euro finanziert. Schwerpunkt dieser Untersuchung war die Frage, ob es neben vorbelasteten Einzelpersonen auch Nazi-Netzwerke in Politik, Justiz und Verwaltung gab. Die Inhalte und Ergebnisse sind in einer der Debatte zugrundeliegenden Drucksache festgehalten (Drs. 19/3016), zudem ist am 26. Mai eine fast 1.200 Seiten starke, zweibändige Buchversion erschienen.

Beklemmenden Ergebnisse werfen Fragen auf

Die Wissenschaftler hatten für die Folgestudie 482 Lebensläufe detailliert untersucht. Demnach hatten von 91 Juristen 80 Prozent eine NSDAP-Vergangenheit und 50 Prozent



Ergebnisse, die laut dem Historiker Danker „zugleich verstören wie optimistisch stimmen können“: In Schleswig-Holstein gelang es, mit zum Teil stark NS-belastetem Personal einen stabilen Rechtsstaat aufzubauen.

waren bei der SA. Viele von ihnen hatten lange – untersucht wurden die Jahre bis 1967 – Führungspositionen inne, zum Beispiel in Staatsanwaltschaften. Von den infrage kommenden 120 Polizeioffizieren sei 1965 die Hälfte extrem belastet gewesen, sagte Danker. Dies habe ihn in diesem Ausmaß sehr überrascht.

„Die teilweise beklemmenden Ergebnisse unserer Arbeit werfen Fragen auf, deren Antworten zugleich verstören wie optimistisch stimmen können“, sagte Danker. „Offenkundig gelang es in Schleswig-Holstein, zu erheblichen Teilen belastete, ehemals massiv in NS-Unrecht verstrickte Funktionselemente zu reintegrieren und wieder mit funktionaler Macht auszustatten sowie ausgerechnet mit diesem Personal eine funktionierende Demokratie und einen stabilen Rechtsstaat zu errichten.“

Dies sei gerade für ehemals Verfolgte ein unermesslich hoher, ethischer Preis. Aber demokratische Herrschaft könne auch mit schwer belastetem Ex-Personal aus

diktatorischer Gewaltherrschaft aufgebaut werden. Verstrickten und Berufskarrieristen aus einem vorherigen Regime müsse man Integrationsangebote machen, wenn man eine neue Gesellschaft aufbauen wolle, sagte Danker.

Der SPD-Abgeordnete Martin Habersaat bekannte darauf im Blick auf die Opfer ein „Störgefühl“. Dieses Spannungsfeld spielte dann auch in der Landtagsdebatte zu dem Thema eine wichtige Rolle.

Studie in Ausbildungen berücksichtigen

„An vielen zentralen Stellen saßen NS-belastete Menschen, ehemalige Nationalsozialisten und sogar Männer, die in schwerste und bis heute einmalige Verbrechen verstrickt waren“, sagte Barbara Ostmeier (CDU). Wohl wegen großen Personalbedarfs habe die britische Besatzungsmacht auch solche Personen in den Wiederaufbau eingebunden. „Für die Opfer des Nationalsozialismus muss das schrecklich gewesen sein. Und noch

heute schaudert es uns bei der Vorstellung, wie viele Personen mit schwerer Schuld an zentralen Stellen in unserem Land saßen.“

„Schleswig-Holstein gehörte früh zu den Hochburgen des Nationalsozialismus und war zum Ende und nach dem Krieg Rückzugsort für führende Nazis“, konstatierte SPD-Fraktionschef Ralf Stegner. „Neben der strafrechtlichen Aufarbeitung stand die neue demokratische Gesellschaft vor der Herausforderung, beim Aufbau des neuen demokratischen Staates auf Menschen angewiesen zu sein, die im Herzen oftmals Demokratiefeinde waren“.

Der Grüne Burkhard Peters, der auch Vorsitzender der die Folgestudie begleitenden Beirats ist, äußerte den Wunsch, die Studie

möge in der Ausbildung von Juristen und Polizisten genutzt werden. Denn sie zeige uns auf, so Peters: Exekutive Funktionsebenen stehen in der Gefahr, missbraucht zu werden, sie sind aber auch in hohem Maße anpassungsfähig.

„Kann man sich heute nicht mehr vorstellen“

Der Jurist Jan Marcus Rossa von der FDP zeigte sich angesichts der Fakten erschüttert für seinen Berufsstand. Dass Beteiligte an NS-Sondergerichten nach 1945 wieder Verantwortung trugen, sei besorgniserregend für den Rechtsstaat. Über Jahrzehnte hätten die Gerichte in Deutschland Schreibtäter des NS-Regimes vor harten und gerechten Strafen geschützt.

Lars Harms vom SSW sagte, belastetes Personal sei oft ohne Umschweife in Justiz und Polizei übernommen worden. „Nur wer nachweisbar schwerste Verbrechen begangen hatte, musste mit einer Art Wartezeit rechnen. Aber selbst dann war eine spätere Übernahme in den Staatsdienst nicht ausgeschlossen.“ Die Studie habe extreme Abgründe offenbart. „Menschen, die verfolgt und gequält wurden, sahen sich nicht nur diesen Altnazis in Justiz, Verwaltung und Politik ausgesetzt, sondern manchmal war man genötigt, mit diesen beruflich zusammenzuarbeiten.“ Man habe im gleichen Büro gesessen oder Tür an Tür. „Heute kann man sich das nicht mehr vorstellen.“

Rückblick: Erste Danker-Studie erschien 2016

Vor fünf Jahren, im April 2016, stellen Danker und sein Team die erste vom Landtag in Auftrag gegebene Untersuchung zu NS-Kontinuitäten in der Landespolitik vor. Der Schwerpunkt lag dabei auf den Biografien der Abgeordneten, die nach 1945 im Parlament saßen. Eine Kernaussage der Studie zur „geschichtswissenschaftlichen Aufarbeitung der personellen und strukturellen Kontinuität nach 1945 in der schleswig-holsteinischen Legislative und Exekutive“: Ehemalige Nationalsozialisten haben die schleswig-holsteinische Landespolitik bis in die 1980er Jahre hinein mitgeprägt – und zwar weitaus stärker als angenommen. Zwischenzeitlich waren mehr als die Hälfte der Landtagsabgeordneten einstmalige „Parteigenossen“.

Die Flensburger Historiker hatten die Lebensläufe aller Abgeordneten untersucht, die bis 1928 geboren wurden. Fazit: 115 der 342 Männer und Frauen hatten ein braunes Parteibuch – gut ein Drittel. Danker bezeichnete Schleswig-Holstein als „Extremfall“. In

keinem anderen Bundesland hätten es so viele Ex-Nazis in hohe politische Ämter geschafft. Hierfür gebe es Gründe: Der Norden war schon vor 1933 eine NSDAP-Hochburg. Nach Kriegsende kamen Vertriebene mit „starker Vorbelastung“ hinzu.

1950 kommt die Wende

Auffällig: In den unmittelbaren Nachkriegsjahren finden sich kaum Parlamentarier mit NS-Vergangenheit. Die ersten Landtage der Jahre 1946 und 1947 waren dominiert von Verfolgten und Regimegegnern, auch weil die britische Besatzungsmacht die Mitglieder der ersten Landesparlamente ernannt hatte. Den Wendepunkt brachte die Wahl 1950. Die bis dahin dominierende SPD verlor ihre Mehrheit, die bürgerlichen und konservativen Parteien kamen ans Ruder. Der Anteil der ehemaligen NSDAP-Parteigänger schnellte von acht auf 40 Prozent hoch.

Mehr dazu in Ausgabe Nr. 02/2016 der Landtagszeitschrift.

Professor Uwe Danker bei der Vorstellung seiner neuen Forschungsarbeit im Plenarsaal. In der Vorgängerstudie aus dem Jahr 2016 hatten er und sein Team die Lebensläufe von ehemaligen Abgeordneten auf NS-Verstrickungen untersucht.



Meldungen für das Ehrenamt



Viele Beschlüsse, die der Landtag fasst, haben direkte Auswirkungen auf Kommunalpolitik, Vereinsarbeit und Bürgerinitiativen.

Auf dieser Seite finden ehrenamtlich engagierte Bürger diese Themen im Überblick.

Kommunales Ausländerwahlrecht: SPD, Grüne und SSW haben sich im Juni für eine Erweiterung des Wahlrechts für Ausländer ausgesprochen, CDU, FDP und AfD waren dagegen. Angeschoben hatte die Debatte der SSW, der das aktive und passive Kommunalwahlrecht an die Aufenthaltsdauer und nicht länger an die Staatsangehörigkeit knüpfen will. Alle Menschen, die seit mindestens vier Jahren ihren ständigen Wohnsitz in Deutschland haben, sollten bei Kommunalwahlen wahlberechtigt und wählbar werden, so Lars Harms (SSW). Die Landesregierung soll dafür eine Bundesratsinitiative zur Änderung des Grundgesetzes starten. Die SPD fordert darüber hinaus, das passive Wahlrecht von EU-Bürgern bei Kommunal- und Europawahlen auch auf Landtagswahlen auszuweiten. SPD und SSW argumentieren, 15 von 27 Mitgliedsländern ermöglichten Menschen aus Nicht-EU-Staaten die Teilnahme an kommunalen Wahlen.

Die Gewährung eines Kommunalwahlrechts an Ausländer werde im Grundgesetz ausgeschlossen, entgegnete der CDU-Abgeordnete Hans Hinrich Neve: Frühere Gesetzesvorstöße seien vor dem Bundesverfassungsgericht „krachend gescheitert“. Der Innen- und Rechtsausschuss berät nun die Anträge von SSW und SPD.

Freiluftveranstaltungen: Der SSW fordert, dass kommunale Behörden Jahrmärkte und ähnliche Veranstaltungen unter freiem Himmel unter Auflagen wieder genehmigen können. Da derzeit Tests und Impfungen gut verfügbar seien, erscheine die Infektionsgefahr „nicht höher als bei einem Besuch eines Zoos oder eines Freizeitparks“. Auflagen für Veranstaltungen könnten zum Beispiel eine Umzäunung der Veranstaltungsfläche, die Kontaktverfolgung mit Hilfe der Luca-App oder Kontaktformularen sowie die Begrenzung der Besucherzahlen oder die Beschränkung der Besuchsrechte auf geimpfte, getestete

und genesene Personen sein. Aktuell gilt für Veranstaltungen laut Corona-Landesverordnung die Richtschnur: Drinnen sind bis zu 500 Teilnehmer möglich, draußen bis zu 1.000. Das gilt für Sportveranstaltungen, Konzerte, Theater oder Kino sowie Versammlungen, Gottesdienste, Flohmärkte und Messen. Bei Festen ohne feste Sitzplätze sind drinnen unter Auflagen wieder bis zu 125 Personen erlaubt, draußen 250. Der SSW-Antrag wird im Sozialausschuss weiter beraten.

Feuerwehr Fehmarnbeltquerung: Der Landtag hat im Juni bei Enthaltung der SPD beschlossen, offene Fragen zur Kostenübernahme beim Brandschutz für den Fehmarnbelt-Tunnel bis zum kommenden Herbst per Verordnung zu klären. Die angestrebte Regelung soll dem Beschluss des Landesverfassungsgerichts aus dem vergangenen September Rechnung tragen: Fehmarn ist zuständig für den Brandschutz im Tunnel, muss allerdings vom Land bei den Kosten entlastet werden. Bislang hatte die Stadt Fehmarn erfolgreich gegen den Baubeginn des Ostseetunnels nach Dänemark geklagt. Sie sieht ihre Freiwillige Feuerwehr mit der Aufgabe, den Brandschutz sicherzustellen, überfordert.

Wahlen in Video-Sitzungen: Im vergangenen September hatte der Landtag den Kommunen die Möglichkeit eingeräumt, Sitzungen der Gemeindevertretungen und Kreistage auch als Videokonferenz abzuhalten. Wahlen wurden jedoch im Rahmen von Videokonferenzen nicht zugelassen, weil geheime Wahlen mit Stimmzettel digital nicht möglich sind. Die Gemeindevertretung muss sich daher, wenn Wahlen anstehen, zumindest für diesen Tagesordnungspunkt in Präsenz treffen.

Aus der Kommunalpolitik wurde daraufhin die Sorge geäußert, dass bei diesen Treffen trotz der Hygieneregeln die Gefahr einer

Corona-Infektion bestehe. Daher hat der Landtag im Mai einstimmig auch Wahlen in Videositzungen zugelassen. Da in solchen Sitzungen eine geheime Wahl nicht gewährleistet werden kann, sind jedoch nur Wahlen durch Handzeichen zulässig. Sobald jemand einer Abstimmung durch Handzeichen widerspricht, kann die Wahl nicht durchgeführt werden. Um für die Durchführung der geheimen Wahl die Einberufung einer Präsenzsitzung zu vermeiden, wird in diesem Fall die geheime Wahl durch eine Briefwahl ermöglicht. Das macht neue Verfahrensregelungen erforderlich, die in der Geschäftsordnung der jeweiligen Kommune aufgenommen werden müssen.

Kaffe Spenden: Der Landtag hat die Landesregierung im Mai gebeten, sich auf Bundesebene für einen weiteren Befreiungstatbestand im Kaffeesteuergesetz einzusetzen. Dieser soll für Kaffe Spenden, die für gemeinnützige und mildtätige Zwecke bestimmt sind, gelten. Im Finanzausschuss soll die Landesregierung zudem berichten, „in welchen Bereichen die aktuelle Rechtslage im Zusammenhang mit Lebensmitteln zu vergleichbaren Sachverhalten führt“.

Hintergrund des einmütig verabschiedeten Jamaika-Antrags: Den Parlamentariern ist es ein Dorn im Auge, dass Kaffee, der vernichtet werden soll, von der Steuer befreit ist, während Kaffee, der gespendet wird, der Steuerpflicht unterliegt. In Zeiten, in denen alles getan werden muss, um Lebensmittelvernichtung zu verhindern, sei dies der falsche Weg, sagte der CDU-Abgeordnete Ole-Christopher Plambeck. Daher müsse das Kaffeesteuergesetz dahingehend ergänzt werden, dass auch Kaffe Spenden von der Kaffeesteuer befreit werden. Deutschland ist laut dem Deutschen Kaffeeverband eines der wenigen Länder, die eine Steuer auf Kaffee und kaffeehaltige Waren erheben.

Der Land-Tag in Leichter Sprache

Alle Menschen sollen verstehen was im Land-Tag gesagt wird. Hier stehen Texte in Leichter Sprache. Denn: Viele Menschen haben Probleme mit dem Lernen, Lesen und Verstehen.

Viele Menschen können auch nicht so gut Deutsch. Deswegen werden schwere Wörter erklärt. Die Macher von dieser Seite versuchen nach den Regeln für Leichte Sprache zu schreiben.

Alle Menschen sollen Schwimmen lernen

Immer mehr Kinder können nicht schwimmen. Auch wegen Corona. Denn die Schwimm-Hallen waren lange geschlossen. Damit sich niemand mit Corona ansteckt.

Aber es gab auch keinen Schwimm-Unterricht. Niemand konnte schwimmen lernen. Schwimmen können ist aber sehr wichtig. Denn im Sommer ertrinken immer wieder Menschen beim Baden im Meer oder in einem See.

Im Moment gibt es immer weniger Corona-Kranke. Darum sollen nun wieder mehr Kinder schwimmen lernen. Da sind sich alle Abgeordneten im Land-Tag einig.

Die SPD im Land-Tag will den Schwimm-Hallen mehr Geld geben. Denn in vielen Schwimm-Hallen ist kein Wasser mehr im Becken. Das Wasser wurde aus den Becken gelassen. Damit soll Geld gespart werden.

Auch die Bade-Meister kosten Geld. Und wegen Corona dürfen weniger Gäste in die Schwimm-Halle rein. Darum nehmen die Schwimm-Hallen weniger Eintritts-Geld ein.

Die CDU im Land-Tag will mehr Schwimm-Kurse anbieten. Dazu sollen viele verschiedene Menschen zusammen arbeiten. Das sind Eltern und Schul-Leiter und Menschen aus der Politik.

Der Land-Tag wird kein Geld an Schwimm-Hallen zahlen. Er hat die Idee der SPD abgelehnt. Er wird aber weiter über das Thema sprechen. Denn alle Menschen sollen schwimmen lernen.



Drei Kinder mit Badekappen auf dem Kopf wollen im Schwimmbecken schwimmen üben.



Die Bibliothek des Landtages lädt ein

Die Landtagsbibliothek ist eine Service-Einrichtung für Abgeordnete und für Mitarbeiter aus Fraktionen und Verwaltung. Aber sie steht auch der Öffentlichkeit zur Verfügung. Interessierte Bürger sind im zweiten Stock des Landtages herzlich willkommen. Dort stehen 25.000 Bände aus den Gebieten Recht, Politik, Verwaltung, Sozialwissenschaften, Geschichte und Landeskunde. Als Appetithappen stellen die Mitarbeiter der Bibliothek in dieser Serie Werke vor, die in den Räumen der Bibliothek eingesehen werden können.

Interessiert? Die Bibliothek ist von Montag bis Freitag zwischen 8:30 Uhr und 12:00 Uhr sowie zwischen 13:00 und 16:00 Uhr geöffnet. Bitte bringen Sie Ihren Personalausweis mit. Weitere Informationen gibt es unter den Telefonnummern 0431/988-1110 und 0431/988-1111.

Bei der Büchersuche hilft der Online-Katalog auf der Website des Landtages: www.sh-landtag.de, „Service“, Rubrik „Landtagsbibliothek“.

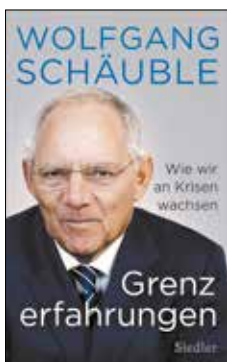


Thomas Heilmann & Nadine Schön: NEUSTAAT.

Politik und Staat müssen sich ändern. 64 Abgeordnete & Experten fangen bei sich selbst an – mit 103 Vorschlägen. 3. Aufl.

München: Finanzbuch Verlag 2020. 315 S.

Zu hierarchisch, zu bürokratisch, zu langsam – mit Sorge schauen die Bundestagsabgeordneten Thomas Heilmann und Nadine Schön sowie weitere Abgeordnete und Experten auf Föderalismus, Verwaltung und internationale Zusammenarbeit. Der Staat stößt an seine Grenzen, während sich die Welt, nicht erst seit Corona, in rasantem Tempo verändert. Die Grundbotschaft des Buches lautet: Wir brauchen den Staat, sind aber mit diesem Staat so nicht mehr wettbewerbsfähig, also lasst ihn uns umbauen. „Machen Sie mit uns eine Inventur“, locken die Autoren und präsentieren 103 Lösungsvorschläge. „Wir sollten nicht ruhen, bis unser Staat wieder vorbildlich funktioniert. Wir müssen bei uns selbst anfangen.“



Wolfgang Schäuble: Grenzenerfahrungen. Wie wir an Krisen wachsen.

Mitarbeit: Jacqueline Boysen und Hilmar Sack. München: Siedler 2021. 318 S.

Unter dem Eindruck der Pandemie hat Wolfgang Schäuble ein Buch über die politische Lage geschrieben, die im letzten Jahrzehnt immer wieder von Grenzenerfahrungen geprägt war. Zu den Themen Freiheit, Demokratie, nachhaltiges Wachstum und Migration formuliert der Bundestagspräsident in Form von Essays, Reden und Gesprächen, was er in Deutschland und Europa für zwingend notwendig hält. Bewährtes sichern und zugleich Neues wagen, auch auf die Gefahr hin, es später korrigieren zu müssen. „Wir stehen vor großen Aufgaben – das setzt Kräfte und Fantasie frei.“



Carl Tillessen: Konsum. Warum wir kaufen, was wir nicht brauchen.

3. Aufl. Hamburg: HarperCollins 2021. 222 S.

Warum kaufen wir, was wir nicht brauchen? Warum ist der Nutzen nicht mehr die Voraussetzung für den Erfolg eines Produktes? Warum sind Dinge umso begehrlicher, je knapper sie sind? Der Unternehmer und Autor Carl Tillessen wirft einen kritischen Blick auf das Konsumverhalten der Deutschen und skizziert seine Vorstellungen von einem sozial gerechteren und umweltverträglicheren Konsum.

Umbauarbeiten in der Bibliothek

Ab Mitte Juli wird die Landtagsbibliothek umgebaut. Sie bekommt einen neuen Fußboden, neue Decken und neue Regale. Bis Ende des Jahres sollen die Arbeiten abgeschlossen sein. Solange lagern einige Teile des Bestandes in einem Ausweichquartier, andere verbleiben im Bibliotheksraum und werden dort staubsicher verhüllt. Auch die Mitarbeiter ziehen vorübergehend in andere Räume, der Betrieb wird aber aufrechterhalten.

Impressum

Herausgeber:

Der Präsident des Schleswig-Holsteinischen Landtages

Redaktion:

Referat für Öffentlichkeitsarbeit,
Düsternbrooker Weg 70, 24105 Kiel

Johannes Utzolino (V.i.S.d.P.)

Tel. 0431/988-1130, johannes.utzolino@landtag.ltsh.de

Karsten Blaas (Redakteur)

Tel. 0431/988-1125, karsten.blaas@landtag.ltsh.de

Yvonne Windel (stellv. Redakteurin)

Tel. 0431/988-1122, yvonne.windel@landtag.ltsh.de

Fotos:

Regina Baltschun, Thomas Eisenkrätzer, Michael August, Karsten Blaas, Yvonne Windel, Detlef Ziep, Janine Wergin, Vivien Albers, Anna Gellner, Lea Meyer, Archiv des Landtages, Landesarchiv Schleswig, dpa-Bildfunk, Picture-Alliance, Finanzbuchverlag, Siedler Verlag, HarperCollins Verlag, Reimo Schaaf, Stadt Neustadt

Konzept:

Stamp Media im Medienhaus Kiel, Ringstraße 19, 24114 Kiel,
www.medienhaus-kiel.de;

Titelseite: Amatik, Boninstraße 63, 24114 Kiel

Gestaltung, Layout:

Stamp Media im Medienhaus Kiel, Ringstraße 19, 24114 Kiel,
www.medienhaus-kiel.de;

Herstellung, Druck:

AlsterWerk MedienService GmbH
Billstraße 103, 20539 Hamburg

Bezug der Landtagszeitschrift:

(Abonnement und Versand kostenfrei)
Landtag Schleswig-Holstein, Ref. f. Öffentlichkeitsarbeit,
L1415, Postfach 7121, 24171 Kiel, Telefon 0431/988-1639,
Fax 0431/988-1119, bestellung@landtag.ltsh.de

Die Zeitung wird auf umweltschonend hergestelltem,
chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 9. Juli 2021

Der Landtag im Internet: www.sh-landtag.de

Abgeordnete persönlich



Peter Lehnert, CDU
geboren am 30. Oktober 1962 in Darmstadt, Bankkaufmann, evangelisch, verheiratet, drei Kinder

Welches Erlebnis hat Sie dazu gebracht, in die Politik zu gehen?

„Es gab kein spezielles Erlebnis, aber ich wollte aktiv Demokratie mit gestalten.“

Was wollten Sie als Kind werden?

„Arzt.“

Was war in der Schule Ihr Lieblingsfach?

„Neben Rechnen (so hieß das Unterrichtsfach damals) war es Geschichte.“

Was war Ihr allererster Job?

„Ich habe mit 14 Jahren angefangen, die örtliche Tageszeitung auszutragen.“

Was macht Sie wütend?

„Ignoranz, Intoleranz und Arroganz.“

Was muss besser werden in Schleswig-Holstein?

„Die Corona-Pandemie hat in unserem Land strukturelle Veränderungen weiter beschleunigt und sie stellt unsere ganze Gesellschaft vor ganz neue, bisher nicht gekannte Herausforderungen. Daher sehe ich es als meine Aufgabe an, das Auseinanderdriften von Interessen und Meinungen nicht überhand nehmen zu lassen, sondern vielmehr die politischen Rahmenbedingungen dafür zu schaffen, das gesamtgesellschaftliche Miteinander zu stärken.“



Kai Dolgner, SPD
geboren am 23. Juli 1969 in Lübeck, Diplom-Chemiker, evangelisch, verheiratet, zwei Kinder

Welches Erlebnis hat Sie dazu gebracht, in die Politik zu gehen?

„Ich war schon früh politisch interessiert. Ich habe meinen ersten politischen Schülerzeitungsartikel mit 14 Jahren über eine Pressekonferenz von Ministerpräsident Barschel geschrieben. Ich konnte mich damals aber nicht zwischen SPD und Grünen entscheiden. Als 1992 die rechtsextreme DVU in den Landtag eingezogen ist, habe ich mich entschieden, nicht länger an der Seitenlinie zu stehen und bin in die SPD eingetreten.“

Was wollten Sie als Kind werden?

„Zunächst Archäologe später dann Journalist oder Chemiker.“

Was war in der Schule Ihr Lieblingsfach?

„Das ist schwer zu beantworten, da ich tatsächlich sehr viele Lieblingsfächer hatte. Geschichte und Chemie stachen aber da immer heraus.“

Was war Ihr allererster Job?

„Ich habe hauptsächlich Nachhilfe gegeben. Mein erster ‚richtiger‘ Vertrag war Zeitsoldat bei der Bundeswehr.“

Was macht Sie wütend?

„Meine Grundschullehrerin hat in mein Zeugnis geschrieben: ‚Kai hat einen ausgeprägten Gerechtigkeitsinn, der ihn manchmal außerhalb der Gruppe stellt.‘ Ich bin mir bis heute nicht sicher, ob das nach den damaligen Maßstäben, wo Konformität und Anpassung noch eine viel größere Rolle gespielt haben, ein Lob war. Aber es war eine treffende Beschreibung.“

Was muss besser werden in Schleswig-Holstein?

„Schleswig-Holstein ist ein wunderschönes Land mit vielen glücklichen Menschen und das gilt es in die Zukunft zu retten. Ich glaube, wir müssen wieder stärker darauf achten, dass wir die durchaus herausfordernden Zukunftsprobleme als gemeinsame Aufgabe erkennen und wir wieder, bei aller Unterschiedlichkeit, die wir in Schleswig-Holstein haben, solidarischer untereinander werden. Dass der Blick häufig am Ortsschild oder zumindest in der eigenen Region endet, macht mir schon Sorgen. Insgesamt müssen wir schauen, wie wir außerhalb der Wachstumsregionen junge Menschen dazu bringen, in Schleswig-Holstein zu bleiben und ihnen auch entsprechende Chancen zu bieten. Dazu gehören neben attraktiven Bildungs- und Ausbildungsbedingungen auch eine flächendeckende Gesundheitsversorgung und bezahlbare Wohnungen.“

Zu Besuch im Landeshaus



Rasmus Andresen (Grüne, li.), Delara Burkhardt (SPD) und Niclas Herbst (CDU) vertreten derzeit Schleswig-Holstein im Europäischen Parlament in Brüssel und Straßburg. Anfang Mai zogen sie im Landeshaus gemeinsam eine Bilanz ihrer Arbeit.

Mei-Shun Lo war drei Jahre lang Generaldirektor der Taipei-Vertretung in Hamburg und damit auch für Schleswig-Holstein zuständig. Vor seiner Rückkehr nach Taiwan kam er Ende April zum Abschiedsbesuch ins Landeshaus.



Der Musiker und Fotograf Sven Zimmermann hat während der Corona-Einschränkungen Menschen aus der Kulturszene porträtiert. Er will auf die aktuell prekäre Lage vieler Künstler aufmerksam machen. Die Ausstellung „Überleben – Übers Leben. Blumen und Applaus“ ist bis zum 29. August täglich von 10 bis 18 Uhr geöffnet.

Die seit April 2019 amtierende Landesbischöfin der evangelischen Nordkirche, Kristina Kühnbaum-Schmidt, hat Mitte Juni zum ersten Mal den Landtag besucht. Sie hielt die Predigt in der Morgenandacht vor Beginn der Plenartagung, trug sich ins Gästebuch ein und traf sich zum Gespräch mit Landtagspräsident Klaus Schlie.



Der Verein zur Förderung des Schleswig-Holsteinischen Handwerks (VFH) vergibt auch in diesem Jahr Meisterstipendien an talentierte Junghandwerker. Mitte Juni überreichte Landtagsvizepräsidentin Aminata Touré die Bescheide an vier Stipendiaten – unter anderem an Philipp Habermann (Mitte). Rechts: der VFH-Vorsitzende Hans Christian Langner.

Der Norden kehrt langsam in den „Normalbetrieb“ zurück

Lange haben die Konferenzen der Länderchefs mit Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) maßgeblich den Weg in der Corona-Politik vorgegeben. Das ändert sich, als die Infektionszahlen nach einem bundesweiten Höchststand seit Ende April kontinuierlich zurückgehen. In Schleswig-Holstein folgt ab Mitte Mai ein Öffnungsschritt auf den nächsten. Das beschäftigt auch den Landtag.

12. April:

Ein Stück Normalität kehrt in Schleswig-Holstein wieder ein: Die Außengastronomie in den meisten Kreisen und Städten darf nach monatelanger Pause wieder öffnen – allerdings unter strengen Auflagen. Möglich ist die Bewirtung, wo die Zahl der Infektionen innerhalb von sieben Tagen je 100.000 Einwohner stabil unter 100 liegt. Landesweit liegt die die Sieben-Tage-Inzidenz bei knapp über 70.

19. April:

Schleswig-Holstein ist das einzige Bundesland mit einer Inzidenz unter 100. In der Schleiregion und Eckernförde startet das erste von vier „Modellprojekten Tourismus“. Gäste aus der ganzen Republik können – zu diesem Zeitpunkt bundesweit einmalig – zum Urlauben kommen. Auflagen sind etwa regelmäßige Tests. Zwischen Ende April und Anfang Mai ziehen Urlaubsorte an der Lübecker Bucht, Büsum sowie Nordfriesland nach.

20. April:

Breite Kritik an der „Corona-Notbremse“

Mit Blick auf pauschale Ausgangsbeschränkungen stößt die Corona-Notbremse des Bundes auf breite Ablehnung im Landtag.

Einen Tag bevor im Bundestag die von der Bundesregierung auf den Weg gebrachte sogenannte Corona-Notbremse debattiert werden soll, kommt der Landtag zu seiner fünften Sondersitzung in diesem Jahr zusammen. Schnell wird klar: Fraktionsübergreifend kritisch stehen die Abgeordneten vor allem den geplanten pauschalen Ausgangsbeschränkungen bei einer Inzidenz über 100 gegenüber. Trotz „erheblicher Bauchschmerzen“ wolle das Land die Pläne angesichts der Lage in anderen Ländern aber nicht verzögern, sagt Regierungschef Daniel Günther (CDU).

Auch SPD-Oppositionsführer Ralf Stegner meint, Ausgangsbeschränkungen setzen an der falschen Stelle an: „Es muss weiterhin möglich bleiben, am Abend die Enge der eigenen Mietwohnung zu verlassen, um sich die Beine zu vertreten.“

Bund und Länder wollen mit der Änderung des Infektionsschutzgesetzes einheitliche Regelungen im Kampf gegen die dritte Corona-Welle festschreiben. Falls die Sieben-Tage-Inzidenz in einer Stadt oder einem Landkreis drei Tage hintereinander über 100 liegt, sollen jeweils die gleichen Regeln gelten. Geplant sind dann Ausgangsbeschränkungen von 22:00 Uhr bis 5:00 Uhr. Schulen

sollen ab einer Inzidenz von 165 in den Distanzunterricht wechseln müssen. Geschäfte dürfen Kunden bei einer Inzidenz über 100 nur unter Auflagen empfangen.

24. April:

Nachdem Mehrheiten im Bundestag (am 21.4.) und im Bundesrat (22.4.) gefunden wurden, tritt das neue Infektionsschutzgesetz mit der „Corona-Notbremse“ in Kraft.

17. Mai:

Die Modellregionen haben sich bewährt, jetzt öffnet die Landesregierung ganz Schleswig-Holstein für den Tourismus – unter strengen Corona-Auflagen. Auch in weiteren Bereichen wird das öffentliche Leben ein Stück normalisiert. Lokale dürfen ihre Innenbereiche wieder öffnen, und mehr Freiheiten gibt es unter anderem auch beim Hallensport, beim Schwimmunterricht, in der Kultur etwa bei Museen oder bei der Größe von Versammlungen.

19. Mai:

Regierung signalisiert für den Norden weitere Öffnungen

Das Leben in der Corona-Pandemie soll sich nach Ansicht der Landesregierung weiter normalisieren. Vize-Regierungschefin Heinold stellt im Landtag weitere Erleichterungen in Aussicht.

Die Jamaika-Regierung kündigt nach den jüngsten Öffnungsschritten weiteren Lockerungen für Kultur, Sport und außerschulische Bildung an. Die Corona-Zahlen sinken stetig. „Wir gehen weiter verantwortungsvoll vor und werden das Erreichte nicht gefährden“, sagt Grünen-Finanzministerin und Vize-Regierungschefin Monika Heinold in einer großen Corona-Debatte im Landtag.

Das Parlament bewilligt zudem Umschichtungen und ein Vorziehen von Ausgaben im Rahmen des 2020 beschlossenen 5,5 Milliarden Euro schweren Notkredits. Demnach sollen bis zu 350 Millionen Euro, die bisher für Infrastrukturmaßnahmen in den Jahren 2029 und 2030 vorgesehen waren, schon im laufenden Jahr fließen können. SPD und SSW stimmen zu. Lars Harms vom SSW weist auf generationsübergreifende Schulden hin: „Es stehen harte Jahre bevor“, sagt er. SPD-Fraktionschef Stegner kritisiert Jamaikas Krisenmanagement in Einzelpunkten. Dass die Regierung bei der Vergabe von Impfterminen zu einem Einladungssystem übergehe, komme einige Monate zu spät, sagt er.

25. Mai:

Die Kieler Landesregierung hebt einen Erlass über Corona-Maßnahmen bei Überschreiten des Wertes von 50 Neuinfizierten je 100.000 Einwohner innerhalb von sieben Tagen auf. In dem sogenannten 50er-Erlass waren für Kreise und kreisfreie Städte über dem Schwellenwert zusätzliche Maßnahmen vor allem für



CDU-Fraktionschef
Tobias Koch am 19. Juni:
„Die dritte Corona-Welle
ist gebrochen.“

Grünen Fraktionschefin
Eka von Kalben verteidigt
Milliarden-Ausgaben:
„Wir haben schlichtweg
keine andere Wahl.“



den Einzelhandel sowie für Innenbereiche von Freizeit- und Kultur- einrichtungen geregelt. Künftig gelten unterhalb der Notbremsen- Schwellen bei einer Inzidenz von 100 die allgemeinen Regelungen der Corona-Bekämpfungsverordnung. Kreise und kreisfreie Städte können unabhängig davon weiterhin mit Allgemeinverfügungen auf aktuelle Entwicklungen reagieren.

Auch für Hotels, Bibliotheken und Archive oder bei der Hunde- ausbildung gibt es weitere Erleichterungen.

31. Mai:

Die Sieben-Tage-Inzidenz liegt in Schleswig-Holstein unter der 20er Marke. Eine weitere neue Corona-Landesverordnung erlaubt drinnen wieder private Treffen von zehn Menschen aus bis zu ebenso vielen Haushalten. Weitere Lockerungen der Corona-Regeln betreffen Veranstaltungen, den Sport und die Kultur. Je nach Art sind unter Auflagen in Innenräumen wieder Veranstaltungen von bis zu 125 Teilnehmern möglich, im Freien bis zu 250. Bei Festen und Empfängen sind drinnen bis zu 25, draußen bis zu 50 Personen erlaubt. Geimpfte und Genesene zählen nicht mit. Zudem entfällt die Sperrstunde – damit müssen Restaurants nicht mehr um 23:00 Uhr schließen. Und: Auf den Schulhöfen entfällt die Maskenpflicht.

9. Juni:

Die Sieben-Tage-Inzidenz bei den Corona-Neuinfektionen in Schleswig-Holstein sinkt in den einstelligen Bereich. Sie liegt nun bei 9,9, wie aus Daten der Landesmeldestelle in Kiel hervorgeht. Bundesweit lag der Wert an diesem Tag laut Robert Koch-Institut bei 20,8. Wöchentlich greifen neue Lockerungen. So ist an den Schulen etwa der Präsenzunterricht landesweit wieder Alltag.

14. Juni:

Angesichts niedriger Infektionszahlen dürfen nun auch Schwimm-, Spaß- und Freibäder wieder öffnen. Außerdem sind mit einer neuen Corona-Landesverordnung eine ganze Reihe weiterer Lockerungen in Kraft. So gilt etwa für Veranstaltungen nun die Richtschnur: Drinnen sind bis zu 500 Teilnehmer möglich, draußen bis zu 1.000. Das gilt für Sportveranstaltungen und Wettbewerbe, Konzerte, Theater oder Kino sowie Versammlungen, Gottesdienste, Flohmärkte und Messen.

Und: Nun können sich erstmals alle Menschen für Corona-Schutz- impfungen in den Impfzentren registrieren. Die Einteilung in Priori- tätsgruppen ist Geschichte. Jeder Schleswig-Holsteiner kann sich auf eine Warteliste setzen lassen, jeder hat die gleiche Chance. Laut Impf- dashboard des Bundesgesundheitsministeriums haben zum Zeitpunkt der Debatte rund 1,45 Millionen Menschen im Norden mindestens eine Impfung erhalten. Das entsprach exakt der Hälfte aller Schleswig- Holsteiner. Knapp 758.000 haben bereits die Zweitimpfung erhalten (26,1 Prozent).

19. Juni:

In der letzten Sitzung des Landtages vor der Sommerpause spielt erstmals seit langem die aktuelle Corona-Lage nicht die absolut dominierende Rolle. Nur wenige Debatten haben die Pandemie zum Thema: Zum Beispiel geht es um Digitalisierung und Masken- pflicht an Schulen, eine Gedenkstätte für Corona-Opfer und die weltweite Verteilung von Impfstoff.

28. Juni:

Weitere Lockerungen treten in Kraft

Vor dem Hintergrund niedriger Corona-Zahlen setzt Schles- wig-Holstein seinen Öffnungskurs fort. Es sind größere Veranstaltungen möglich und in Außenbereichen wie auch Kinos und Theatern entfällt die Maskenpflicht. Lediglich auf dem Weg zum Platz besteht sie weiter. Auf Wochenmärkten sind Abstände einzuhalten.

Die Richtschnur für viele Veranstaltungen ist künftig: Drinnen sind 1.250 Personen möglich, draußen 2.500. Das gilt beispiels- weise für Konzerte, das Theater oder Kino sowie Gottesdienste, Flohmärkte und Messen. Beim Hotelbesuch bleibt die Testpflicht vor der Anreise, zusätzlich ist aber künftig nur noch einmalig nach 72 Stunden ein Test notwendig. Bei Festen und Empfängen sind in geschlossenen Räumen 250 Gäste und draußen 500 erlaubt.

Im Einzelhandel sowie in Kultur- und Freizeiteinrichtungen entfällt die Quadratmeter-Begrenzung. An der Testpflicht beispielsweise beim Besuch eines Restaurants im Innenbereich, beim Krankenhaus- besuch oder bei Veranstaltungen im Innenbereich hält die Regierung trotz niedrigen Infektionsgeschehens aber vorerst fest. Diskotheken können unter strengen Vorgaben wieder öffnen. Neben einem Hygienekonzept, der Erhebung und der Kontaktdaten sehen die Pläne auch einen negativen Test und die Beschränkung auf 125 Personen vor.



Termine, Termine, Termine ...

Schleswig-Holstein feiert 75. Geburtstag mit Bürgerfest

Am 22. August feiern die Landesregierung und der Landtag den 75. Geburtstag des Landes Schleswig-Holstein mit einem Festakt und einem Bürgerfest auf Schloss Gottorf. Dort präsentieren sich von 10:00 bis 18:00 Uhr zahlreiche Akteure aus dem ganzen Land aus den Bereichen Kunst, Kultur, Bildung und Wissenschaft. Auch der Landtag ist mit einem Info-Stand vertreten.

Aktuelles unter www.schleswig-holstein.de



Kultur trotz(t) Corona – Aus- stellung von Sven Zimmermann

Begleitend zum neuen Video-Format „Landtags-Sessions – Kultur trotz(t) Corona“ zeigt der Landtag seit Beginn der Parlamentsferien eine Auswahl großformatiger Porträts aus dem Bildband „Überleben – Übers Leben. Blumen und Applaus“ des Musikers und Fotografen Sven Zimmermann. Die Sonderausstellung ist Teil der Reihe „Kulturland Schleswig-Holstein“. Sie soll Kulturschaffende, die besonders unter den Auswirkungen der Pandemie gelitten haben, sichtbar machen und ist bis zum 29. August für Einzelpersonen täglich zwischen 10.00 und

18.00 Uhr geöffnet. Parallel erscheinen den Sommer über Videos der digitalen „Landtags-Sessions“, in denen Künstler unterschiedlicher Sparten auftreten, auf dem YouTube-Kanal des Landtages unter www.youtube.com/SchleswigHolsteinischerLandtag.

Mehr auf Seite 21.

Der Landtag auf der „Norla“

Bei der 71. Norddeutschen landwirtschaftlichen Fachausstellung und Verbrauchermesse, kurz „Norla“, wird der Landtag vom 2. bis 5. September auf dem Rendsburger Messegelände mit einem eigenen Stand vertreten sein. Im vergangenen Jahr war die Veranstaltung pandemiebedingt abgesagt worden.

Aktuelles unter www.sh-landtag.de

Nachholtermine: Lesung mit Roger de Weck im November – Comic-Aus- stellung im Sommer 2022

Die zunächst für vergangenen Mai geplante Lesung des Schweizer Autoren und Publizisten Roger de Weck wird voraussichtlich am 16. November nachgeholt. Und auch die Ausstellung zur schleswig-holsteinischen Comic-Kultur wird erneut verschoben. Sie soll im Sommer 2022 gezeigt werden.

Aktuelles unter www.sh-landtag.de

Sprechtag der Bürgerbeauftragten

Die Bürgerbeauftragte für soziale Angelegenheiten, Samiah El Samadoni, plant auch im Sommer Außensprechtag, um Bürger vor Ort zu beraten. Ob die Termine tatsächlich stattfinden oder ob wegen der Coronapandemie stattdessen Online-Sprechtag wahrgenommen werden können, steht aktuell im Internet: www.sh-landtag.de, Rubrik „Beauftragte“.

Geplant sind folgende Termine:

Dienstag, 20. Juli: Heide

Donnerstag, 5. August: Lübeck

Dienstag, 17. August: Heide

Donnerstag, 2. September: Lübeck

Dienstag, 21. September: Heide

Termine in **Lübeck** bei der Deutschen Rentenversicherung Nord, Ziegelstr. 150, 10:00 bis 16:00 Uhr. Termine in **Heide** im Bürgerhaus, Neue Anlage 5, 11:00 bis 15:00 Uhr.

Zu den Terminen ist eine Anmeldung erforderlich. Telefon: 0431/988-1240. Zudem ist eine persönliche Beratung in der Dienststelle im Karolinenweg 1 in Kiel in Einzelfällen nach telefonischer Anmeldung möglich. Und: Zwischen 9.00 Uhr und 15.00 Uhr sowie mittwochs bis 18.30 Uhr gibt es weiterhin eine Beratung am Telefon – zu Fragen des Sozialrechts wie auch zu den weiteren Zuständigkeiten der Bürgerbeauftragten (Polizeibeauftragte, Antidiskriminierungsstelle und Ombudsstelle für Kinder und Jugendliche).